

# Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 5. Sitzung des Betriebsausschusses findet am

**Freitag, 19.11.2021, 16:00 Uhr,**

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

---

## **A.      ÖFFENTLICHE SITZUNG**

1.      Hinweise zur Niederschrift über die 4. . Sitzung des Betriebsausschusses (ö. T.) vom 10.09.2021
2.      Anfragen
3.      Anträge
4.      Wirtschaftsplan 2022
5.      Gebührenkalkulation / Kanalbenutzungsgebühren 2022
6.      Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Entwässerung der Grundstücke und deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Abwassersatzung - Neufassung)
7.      Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren, Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren (Gebührensatzung Neufassung)
8.      Festlegung der Sitzungstermine für das Jahr 2022

## **B.      NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG**

1.      Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 10.09.2021
2.      Anfragen
3.      Anträge
4.      Mündlicher Bericht über die laufende Betriebsführung
5.      Lieferung von Material für die Kläranlagen
6.      Lieferung von Eisensalzen
7.      Umbau KA Siegen, 3. BA Elektro
8.      Sanierung Faulturm I

- 9. Bestellung eines Wirtschaftsprüfers
- 10. Stellenplan 2022
- 11. Vorbereitung eines Termins
- 12. VERSCHIEDENES

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter [www.siegen.de](http://www.siegen.de) abrufbar.

---

Siegen, 10.11.2021

Der Bürgermeister

## Ö F F E N T L I C H E   N I E D E R S C H R I F T

### über die 5. Sitzung des Betriebsausschusses

vom:            **19.11.2021**

von:            **16:00 Uhr**

bis:            **16:55 Uhr**

Ort:            **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,  
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

#### **Anwesend waren:**

##### Vom Betriebsausschuss:

Stv Harnacke, Maik	als Vorsitzender
Stv Böcking, Verena	
Stv Boller, Joachim	bis 17:27 Uhr, TOP 4 nöt
Stv Eckhardt, Klaus	bis 17.36 Uhr, TOP 4 nöt
AM Jagielski, Olaf	
AM Kirchhöfer, Karl-Wilhelm	
AM Mäckeler, Bernd	ab 16.23 Uhr, TOP 4 öT
AM Schlenther, Christa	
Stv Schoew, Torsten	
Stv Stinner, Jürgen	

##### Beratende Mitglieder:

AM Kammann, Jacob

##### Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

Spies, Hartmut

##### Von der Verwaltung:

StK Cavellius, Wolfgang	bis 17:27 Uhr, TOP 4 nöt -
Techn. Betriebsleiter Roth, Stephan	ESi

Kaufm. Betriebsleiter Quandel, Christof	ESi
StAR Scheidt, Daniel	ESi
VA Schneider, Daniel	Personalrat
VA Stein, Ines	ESi - Protokollführung

Nicht anwesend waren:

Stv Dil, Yilmaz	entschuldigt
Stv Englert, Franz	
Stv Schwarzer, Michael	

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

Der Vorsitzende, Herr Harnacke, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass frist- und formgerecht eingeladen wurde.

**1. Hinweise zur Niederschrift über die 4. . Sitzung des Betriebsausschusses (ö. T.) vom 10.09.2021**

Es werden keine Hinweise gegeben.

**2. Anfragen**

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

**3. Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

**4. Wirtschaftsplan 2022**

Vorlage Nr. VL 615/2021

Herr Quandel weist darauf hin, dass es keine schriftliche Stellungnahme der Kämmerei zum Wirtschaftsplan und Gebührenkalkulation gebe. Da die TOP 4 und 5 aufeinander aufbauen, werden sie gemeinsam beraten. Die meisten Sachverhalte seien in den schriftlichen Erläuterungen bereits enthalten.

Herr Quandel erläutert die wesentlichen Punkte des Wirtschaftsplanes. Es gibt kaum erwähnenswerte Änderungen, die Kostensteigerungen halten sich im üblichen Rahmen. Die Klärschlamm-trocknung ist mit Kosten und Erlösen im Wirtschaftsplan enthalten. Für 2022 ist der

Betrieb mit insgesamt 15.400 t Nassschlamm geplant. Alle Kosten und Erträge der Klärschlamm-trocknung werden gebührenrelevant. Die größten Kostenabweichungen nach oben liegen im Bereich Personalkosten und Abschreibungen.

Die Detailfragen von Herrn Kirchhöfer zum Thema Kostenbeteiligung Stadt Netphen, Depo-niekosten Aufschläge sowie Annuitätendarlehen werden von Herrn Quandel beantwortet.

Die entsprechenden Berechnungsgrundlagen für eine neue Vertragsgestaltung mit der Stadt Netphen nach Schließung der Kläranlage Weidenau liegen bereits vor, beantwortet Herr Roth die Frage von Herrn Boller.

Herr Jagielski sieht in der Senkung der Niederschlagswassergebühr eine falsche Signalwir-kung, da in den nächsten Jahren die Kosten für die Niederschlagswasserbehandlung steigen werden. Die Verteilung der gesamten Kosten sei zum großen Teil prozentual und momentan seien die meisten Investitionen im Bereich der Kläranlage, erläutert Herr Quandel. Bei einer gleichbleibenden Niederschlagswassergebühr von 0,88 €/m<sup>2</sup> müsse gleichzeitig die Schmutzwassergebühr auf 2,29 €/m<sup>3</sup> erhöht werden. Dies solle gegenwärtig in Anbetracht steigender Lebenshaltungskosten vermieden werden.

Herr Cavelius weist darauf hin, dass die Stadt Siegen große Schwierigkeiten habe, den Haus-halt 2022 auszugleichen. Die Kommunalaufsicht habe deutlich gemacht, dass auch die Er-tragsseite verbessert werden müsse. Eine Möglichkeit sei es, dass der Eigenbetrieb der Stadt Siegen zum Haushalt beitragen würde. Dies sei in der heutigen Zeit, wenn alle Energiepreise steigen, sicherlich nicht vorteilhaft. Doch auch in der Stadt Siegen steigen die Energiepreise sowie die Kosten im Bereich Beschaffung und Unterhaltung.

In der Betriebssatzung für ESi sei festgelegt, dass es keine Gewinne geben dürfe. Diese müs-se für eine Unterstützung des städtischen Haushalts vorher geändert werden, merkt Herr Kirchhöfer an.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Wirtschaftsplan lt. Anlagen:

1. Erfolgsplan 2022
2. 5-jähriger Vermögens-, Erfolgs- und Finanzplan  
Incl. 5-jährigem Investitionsprogramm von 2022 – 2026
3. Stellenübersicht 2022

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

#### **5. Gebührenkalkulation / Kanalbenutzungsgebühren 2022**

Vorlage Nr. VL 616/2021

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Gebührenkalkulation lt. Anlage 1 der Vorlage.

Die Kanalbenutzungsgebühr für Schmutzwasser wird auf 2,20 € / m<sup>3</sup> erhöht.

Die Kanalbenutzungsgebühr für Niederschlagswasser wird auf 0,84 € / m<sup>2</sup> gesenkt.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**6. Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Entwässerung der Grundstücke und deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Abwassersatzung - Neufassung)**

Vorlage Nr. VL 617/2021

Herr Boller merkt an, dass keine gendergerechte Schreibweise verwendet wurde und regt eine Überarbeitung der Satzung an. Weiterhin fehle inhaltlich das Projekt „Schwammstadt“ und die Förderung von Versickerungsmöglichkeiten.

Herr Harnacke erklärt, dass das Thema „Schwammstadt“ in der Gebührensatzung besser aufgehoben sei.

Herr Kirchhöfer ist erstaunt über die Neufassung des § 13 Abs. 7, Ausführung von Anschlussleitungen. In der neuen Satzung steht, dass die Stadt den Anschlussnehmer bei der Geltendmachung und Durchsetzung möglicher Schadenersatzansprüche lediglich unterstütze. Er sieht darin einen großen Nachteil für eine Privatperson, besser wäre es, wenn weiterhin die Stadt bzw. ESi die Ansprüche gegen den Verursacher verfolge.

Die Satzung wurde lediglich redaktionell geändert, die gendergerechte Schreibweise wird zukünftig angewendet, so Herr Quandel.

Zum § 13 Abs. 7 teilt Herr Quandel mit, dass die wenigen Gerichtsfälle fast immer verloren worden sind. Bei einem defekten Anschlusskanal, verursacht z. B. von SVB oder Westnetz, werde oftmals die Rechnung vom vermeintlichen Verursacher nicht bezahlt. Im sich anschließenden Klagefall bekomme ESi selten Recht, da eine lückenlose Beweisführung kaum möglich sei. Nach einer langen Klagelaufzeit von 2 -3 Jahren sei der Rechnungsausgleich durch den Hauseigentümer wiederum mit viel Ärger verbunden. Aus diesem Grunde gebe es die Änderung, dass der Anschlussnehmer die Geltendmachung möglicher Schadenersatzansprüche mit Hilfe der Stadt bzw. ESi selbst einklagt.

Im Anschluss diskutieren und fragen Herr Kirchhöfer, Herr Schoew, Herr Boller und Herr Kammann. Herr Roth ergänzt, dass der Hauseigentümer immer das Recht habe, bei den Baumaßnahmen anwesend zu sein. Bei den Grundstücksanschlussleitungen seien die Reparatur- und Änderungsarbeiten sehr komplex, berücksichtigt werden müsse Alter, Zustand, bereits sanierte Leitungen etc. In der Vergangenheit wurde bereits intern über 3 oder 4 ver-

schiedene Gebührensätze gesprochen, sofern die Grundstücksanschlussleitungen in städtisches Eigentum überführt wurden.

Herr Roth merkt an, dass ESi nur indirekt von dem Thema „Schwammstadt“ betroffen sei. Jeder Grundstückseigentümer dürfe beispielsweise Gründächer oder Flächen entsiegeln, es gelte jedoch ein Anschluss- und Benutzungszwang.

Zum Thema Schwammstadt empfiehlt Herr Boller, einen Arbeitskreis zu gründen. Bisher habe ESi einer Versickerung des Niederschlagswassers auf einem Privatgrundstück mit Verweis auf die Satzung nicht zugestimmt. Bei einer Versickerung würde somit auch die Niederschlagswassergebühr entfallen, hier besteht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Handlungsbedarf.

Herr Mäckeler schlägt einen fließenden Eigentumsübergang der Grundstücksanschlussleitungen an ESi innerhalb von 5 oder 10 Jahren vor, damit niemand benachteiligt werde und einen daran anschließenden Endtermin. Herr Quandt merkt an, dass ein Übergang des Eigentums an den Grundstücksanschlussleitungen nicht ohne weiteres möglich sei, derzeit gebe es keine rechtssichere Lösung.

Diese Idee könne gerne aufgenommen werden, so Herr Harnacke. Grundsätzlich müssen die hier diskutierten Themen zunächst politisch entschieden werden. Anschließend können weitere Möglichkeiten besprochen werden.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt zum 01.01.2022 die Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Abwassersatzung) gemäß der der Vorlage anliegenden Fassung.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 2 Enthaltungen**

#### **7. Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren, Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren (Gebührensatzung Neufassung)**

Vorlage Nr. VL 618/2021

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt zum 01.01.2022 die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren, Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren (Gebührensatzung) gemäß der der Vorlage anliegenden Fassung.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**8. Festlegung der Sitzungstermine für das Jahr 2022**

Vorlage Nr. VL 619/2021

Herr Quandel erbittet ein Meinungsbild des Ausschusses zu den Terminen. Er habe erstmalig in diesem Jahr ohne irgendwelche Rücksprachen vom Büro Bürgermeister die Termine vorgegeben bekommen. In der Vergangenheit wurden die Termine immer von der ESi Betriebsleitung vorgeschlagen, welche anschließend im Ausschuss beschlossen wurden.

In der sich anschließenden Diskussion unter Beteiligung der Herren Schoew, Eckhardt, Boller, Cavelius und Kirchhöfer werden einzelne Terminwünsche sowie die Vorgehensweise der Terminfestlegung angesprochen. Generell soll das erprobte Verfahren beibehalten werden.

**Beschluss:**

Der Betriebsausschuss beschließt die für das Jahr 2022 vorgeschlagenen Sitzungstermine.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**



## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: Entsorgungsbetrieb  
Bearbeitet von: Herrn Quandel

Siegen, 29.10.2021

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Betriebsausschuss**

**19.11.2021**

**Rat**

**24.11.2021**

Kurzbezeichnung:

**Wirtschaftsplan 2022**

### Beschlussvorschlag:

Der Betriebsausschuss empfiehlt, der Rat beschließt den Wirtschaftsplan lt. Anlagen:

1. Erfolgsplan 2022
2. 5-jähriger Vermögens-, Erfolgs- und Finanzplan  
Incl. 5-jährigem Investitionsprogramm von 2022 – 2026
3. Stellenübersicht 2022

### Sachverhalt / Begründung:

Auf die schriftlichen Erläuterungen der Anlagen wird Bezug genommen. Weiterer Vortrag erfolgt bei Bedarf mündlich.

Die Beteiligung des Stadtkämmerers gem. § 7 der Betriebssatzung ist eingeleitet.

Stephan Roth                      Christof Quandel  
Betriebsleitung

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## Erfolgsplan 2022

		Erfolgsplan 2022 €	Erfolgsplan 2021 €	GuV 2020 T€	Differenz 2022 - 2021 €
1.	Umsatzerlöse	25.750.087	25.089.583	24.369	+ 660.504
2.	Aktivierete Eigenleistungen	942.000	960.000	994	- 18.000
3.	Sonstige betriebliche Erträge	130.500	130.500	155	+ 0
4.	Materialaufwand				
4. a)	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, bezogene Waren	3.678.400	3.694.900	3.497	- 16.500
4. b)	Bezogene Leistungen	1.955.816	1.983.712	2.205	- 27.896
5.	Personalkosten				
5. a)	Löhne, Gehälter und Beamtenbezüge	4.295.300	4.077.500	4.058	+ 217.800
5. b)	Soziale Abgaben und Aufwend. f. Altersversorgung und Unterstützung	1.502.220	1.438.150	1.133	+ 64.070
6.	Abschreibungen	10.529.447	10.210.915	9.123	+ 318.532
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.821.825	1.810.661	2.040	+ 11.164
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	8	+ 0
9.	Abschreibungen a. Finanzanlagen u. Wertpapiere d. Umlaufv.	10.000	10.000	8	+ 0
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.485.591	1.753.874	1.988	- 268.283
11.	<b>Jahresergebnis</b>	<b>+ 1.543.988</b>	<b>+ 1.200.371</b>	<b>+ 1.474</b>	<b>+ 343.617</b>

**Detaillierter Erfolgsplan 2022**

	<b>Erfolgsplan 2022 €</b>	<b>Erfolgsplan 2021 €</b>	<b>GuV 2020 €</b>	<b>Differenz 2022-2021 €</b>
<b>Erträge</b>				
<b>1. Umsatzerlöse</b>				
Kanalbenutzungsgebühren Schmutzwasser	11.981.200	11.039.700	11.399.269,94	941.500
Niederschlagswassergebühren öffentl. Flächen	3.162.639	3.342.242	3.177.413,00	-179.603
Niederschlagswassergebühren private Flächen	6.206.231	6.489.864	6.239.881,29	-283.633
Bestandsveränderung Gebührenaussgleich.	1.119.765	1.573.596	1.101.854,00	-453.831
Erlöse Klärschlamm-trocknung	798.000	214.000	0,00	584.000
Gebühren f. Entwässerungsgen.	6.000	6.000	7.220,20	0
Erlöse Entsorgung KKA	17.000	16.000	17.318,72	1.000
Gebühren für Fäkalienanfuhr	300	300	535,00	0
Kostenerstattung Arbeiten Dritte (Hausanschlüsse)	180.000	180.000	276.676,43	0
Kostenanteil Stadt Netphen	367.352	410.681	382.384,00	-43.329
Kostenanteil Stadt Freudenberg	225.000	220.000	222.420,00	5.000
Sonstige Erlöse	15.000	20.000	9.386,10	-5.000
Erstattung Sachaufwand	45.000	45.000	16.829,05	0
Erträge Abwasserverband	168.600	166.200	162.486,22	2.400
Erträge ESi GmbH	7.000	9.000	7.379,76	-2.000
Erträge aus Vermietung	35.000	40.000	34.678,60	-5.000
Kostenanteil Stadtgärtnerei	40.000	40.000	35.000,00	0
Erträge a. d. Auflösung von Sopo f. Investitionszu. - KAB	410.000	410.000	399.501,00	0
Erträge aus früheren Jahren	0	0	17.187,31	0
Erträge Wasserbau für die Stadt Siegen	525.000	495.000	468.174,00	30.000
Erträge für Regeneinlassreinigung	441.000	372.000	393.297,00	69.000
<b>Summe Umsatzerlöse</b>	<b>25.750.087</b>	<b>25.089.583</b>	<b>24.368.891,62</b>	<b>660.504</b>
<b>2. Aktivierte Eigenleistungen</b>	<b>942.000</b>	<b>960.000</b>	<b>994.000,00</b>	<b>-18.000</b>
<b>3. Sonstige betriebliche Erträge</b>				
Erträge a. d. Auflösung von Sopo f. Investitionszu. - Abw.Abg.	78.000	78.000	77.920,00	0
Erträge a. d. Auflösung von Sopo f. Investitionszu. - Fahrzeuge	50.000	50.000	49.846,00	0
Erträge aus Mahngebühren/ Säumnisz.	2.000	2.000	661,00	0
Erträge aus Zwangsgeldern	500	500	0,00	0
Bußgelder incl. Nebenkosten	0	0	447,00	0
Erträge aus Anlagenabgang	0	0	13.949,00	0
Erträge Auflösung EWB Forderungen	0	0	4.220,86	0
Eingang auf abgeschriebene Forderungen	0	0	625,56	0
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0	0	3.433,25	0
Erträge a. Schadenersatzl.	0	0	4.197,08	0
<b>Summe sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>130.500</b>	<b>130.500</b>	<b>155.299,75</b>	<b>0</b>
<b>Gesamterträge</b>	<b>26.822.587</b>	<b>26.180.083</b>	<b>25.518.191,37</b>	<b>642.504</b>
<b>Aufwendungen</b>				
<b>4. Materialaufwand</b>				
<b>4. a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, bezogene Waren</b>				
Strom	840.500	841.500	697.639,40	-1.000
Wasser	28.500	29.000	22.204,68	-500
Gas/Öl	323.000	361.000	179.902,82	-38.000
Chemikalien für die Abwasserreinigung	462.000	420.000	402.164,04	42.000
Chemikalien/Laborbedarf für Indirekteinleiter	0	1.000	0,00	-1.000

	Erfolgsplan 2022 €	Erfolgsplan 2021 €	GuV 2020 €	Differenz 2022-2021 €
Unterhaltung Grund und Boden, Gebäude	270.000	230.000	71.826,26	40.000
Unterhaltung technische Ausstattung	1.265.000	1.335.000	1.270.956,18	-70.000
Unterhaltung/Reinigung Kanalnetz	252.400	227.400	601.159,68	25.000
Werkzeuge und Kleingeräte bis 250 €	16.000	16.000	15.098,95	0
Unterhaltung Kfz	141.000	141.000	172.523,80	0
Treib- und Schmierstoffe Kfz	80.000	93.000	63.802,22	-13.000
<b>Summe Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, bezogene Waren</b>	<b>3.678.400</b>	<b>3.694.900</b>	<b>3.497.278,03</b>	<b>-16.500</b>
<b>4. b) Bezogene Leistungen</b>				
Kosten Abwasserverband Siegen-Kirchen	925.316	1.116.212	927.154,36	-190.896
Untersuchung gew. Abwasser/Indirekteinleiter	0	1.000	228,78	-1.000
Benutzungsgebühr Kläranlage Kreuztal	240.000	240.000	240.000,00	0
Abwasseruntersuchungen	80.000	77.000	81.006,26	3.000
Einräumung von Kanalrechten	500	500	173,44	0
Planungskosten Zentralabwasserpläne	25.000	50.000	1.292,25	-25.000
Kanalbenutzungsgebühren	3.000	1.000	2.840,74	2.000
(Abfall-)Entsorgung/Deponiegebühren	486.000	302.000	659.979,73	184.000
Kosten Hausanschlüsse	180.000	180.000	276.676,45	0
Entsorgung priv. Grundstücksentwässerungsanl.	16.000	16.000	15.629,27	0
<b>Summe bezogene Leistungen</b>	<b>1.955.816</b>	<b>1.983.712</b>	<b>2.204.981,28</b>	<b>-27.896</b>
<b>Summe Materialaufwand</b>	<b>5.634.216</b>	<b>5.678.612</b>	<b>5.702.259,31</b>	<b>-44.396</b>
<b>5. Personalkosten</b>				
<b>5. a) Löhne, Gehälter und Beamtenbezüge</b>				
Dienstbezüge tariflich Beschäftigter	4.184.100	3.940.800	3.789.812,89	243.300
Beamtenbezüge	111.200	136.700	268.224,44	-25.500
<b>Summe Löhne, Gehälter und Beamtenbezüge</b>	<b>4.295.300</b>	<b>4.077.500</b>	<b>4.058.037,33</b>	<b>217.800</b>
<b>5. b) Soziale Abgaben und Aufw. f. Altersvers. und Unterst.</b>				
Beitrag Sozialversicherung tariflich Beschäftigter	851.700	784.000	738.418,12	67.700
Freiwillige soziale Leistungen	920	850	802,40	70
Zuführung zur Pensions- u. Beihilferückst./ATZ	252.600	260.100	55.376,00	-7.500
Beitrag Versorgungskasse Beamte	58.300	76.400	48.893,78	-18.100
Beitrag Versorgungskasse tariflich Beschäftigter	329.700	307.800	288.478,95	21.900
Beihilfe	9.000	9.000	1.336,09	0
<b>Summe Soziale Abgaben und Aufw. f. Altersvers. und Unterst.</b>	<b>1.502.220</b>	<b>1.438.150</b>	<b>1.133.305,34</b>	<b>64.070</b>
<b>Summe Personalkosten</b>	<b>5.797.520</b>	<b>5.515.650</b>	<b>5.191.342,67</b>	<b>281.870</b>
<b>6. Abschreibungen</b>	<b>10.529.447</b>	<b>10.210.915</b>	<b>9.123.232,66</b>	<b>318.532</b>
<b>7. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>				
Sonstige Aufwendungen	26.000	26.000	11.035,50	0
Dienst- und Schutzkleidung	54.000	43.500	57.023,69	10.500
Reinigung, Reinigungsbedarf	50.000	51.000	48.697,60	-1.000
Grundbesitzabgaben	2.000	6.000	2.883,56	-4.000
Haftpflicht- und Sachversicherung	52.000	52.000	51.239,77	0
Gebäudeversicherung	52.000	47.000	51.159,99	5.000
Beiträge	4.800	4.800	4.691,44	0
Abwasserabgabe nach LWG	335.500	320.000	320.178,95	15.500
Miete Leasing Geräte	3.500	3.500	3.254,09	0
Miete Leasing Fahrzeuge	0	1.000	0,00	-1.000
Kfz-Versicherung	40.000	35.500	37.230,99	4.500
Sonstige Kfz-Kosten	1.000	1.000	226,57	0
Kosten für Öffentlichkeitsarbeit	10.000	5.000	4.336,30	5.000
Bewirtungskosten	2.000	3.000	929,44	-1.000

	Erfolgsplan 2022 €	Erfolgsplan 2021 €	GuV 2020 €	Differenz 2022-2021 €
Dienstreisekosten	6.000	6.000	4.706,55	0
Porto, Postgebühren, Frachten	2.000	3.200	1.941,31	-1.200
Telefonkosten	33.000	40.000	30.961,10	-7.000
Bürobedarf	8.000	7.000	8.066,30	1.000
Fachliteratur/Zeitschriften	5.000	6.000	3.988,31	-1.000
Fortbildung der Mitarbeiter	48.000	45.000	27.036,86	3.000
Rechts- und Beratungskosten	30.000	75.000	90.929,77	-45.000
Kosten für den Jahresabschluss	34.000	34.000	32.400,00	0
Sonstige Betriebskosten der Kläranlagen	12.000	12.000	18.447,44	0
Bankgebühren	500	200	343,51	300
Aufwendungen aus Anlagenabgang	250.000	250.000	275.935,58	0
Einst. in Pauschalwertberichtigungen auf Ford.	0	0	500,00	0
Forderungsverluste	0	0	2.732,67	0
Aufwand aus früheren Jahren	0	0	212.424,35	0
Verwaltungskosten Stadt Siegen	263.525	257.261	253.180,28	6.264
Kosten der Gemeindeorgane	7.000	7.000	5.331,45	0
Verwaltungskosten SVB	255.000	255.000	246.559,24	0
Bekanntmachungen	7.000	20.000	7.112,11	-13.000
EDV-Bedarf und Beratung	116.000	82.000	116.461,13	34.000
Software Nutzung und Wartung	100.000	100.000	97.880,33	0
Rundfunkgebühren	3.000	2.700	3.008,88	300
Gebühren für Erlaubnisse	2.000	2.000	865,00	0
Schadenersatzaufwendungen	0	0	120,00	0
Kfz-Steuern	7.000	7.000	6.298,89	0
<b>Summe Sonstige Betriebliche Aufwendungen</b>	<b>1.821.825</b>	<b>1.810.661</b>	<b>2.040.118,95</b>	<b>11.164</b>
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>23.783.008</b>	<b>23.215.838</b>	<b>22.056.953,59</b>	<b>567.170</b>
<b>8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</b>				
Zinserträge	0	0	6,63	0
Zinsertrag Abzinsung Rückstellung	0	0	7.860,00	0
<b>Summe Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>7.866,63</b>	<b>0</b>
<b>9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens</b>				
Abschreibungen Finanzanlagen, verb. UN	10.000	10.000	7.597,27	0
<b>Summe Abschreibungen auf Finanzanlagen</b>	<b>10.000</b>	<b>10.000,00</b>	<b>7.597,27</b>	
<b>10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>				
Zinsaufwendungen	1.425.591	1.693.874	1.923.128,48	-268.283
Zinsaufwand Abzinsung Rückstellungen	60.000	60.000	64.570,00	0
<b>Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>	<b>1.485.591</b>	<b>1.753.874</b>	<b>1.987.698,48</b>	<b>-268.283</b>
<b>11. Jahresergebnis</b>	<b>1.543.988</b>	<b>1.200.371</b>	<b>1.473.808,66</b>	<b>343.617</b>

## 5-jähriger Vermögens-, Erfolgs- und Finanzplan 2022-2026

Erfolgsplan		2022 T€	2023 T€	2024 T€	2025 T€	2026 T€
1.	Umsatzerlöse	25.750	26.390	27.221	27.745	27.626
2.	Aktivierte Eigenleistung	942	970	999	1.029	1.060
3.	Sonstige betriebliche Erträge	131	132	133	134	135
4.	Materialaufwand	-5.634	-5.747	-5.862	-5.979	-6.099
5.	Personalkosten	-5.798	-5.856	-5.915	-5.974	-6.034
6.	Abschreibungen	-10.529	-11.356	-12.025	-12.384	-12.095
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.822	-1.858	-1.895	-1.933	-1.972
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0
9.	Abschr. a. Finanzanlagen u. Wertpapiere d. Umlaufv.	-10	-10	-10	-10	-10
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.486	-1.441	-1.398	-1.356	-1.315
11.	<b>Jahresergebnis</b>	<b>1.544</b>	<b>1.224</b>	<b>1.248</b>	<b>1.272</b>	<b>1.296</b>

Finanzbedarf und Vermögensplan		2022 T€	2023 T€	2024 T€	2025 T€	2026 T€
1.	Einzelvorhaben gem. vorläuf. Investitionsprogramm					
	a) Sonderbauwerke/Kanäle/Erschließungen	6.691	4.965	9.793	12.231	10.806
	b) Kläranlagen/ Baukostenzusch. a. Abwasserverb. SK	14.281	12.186	6.272	3.477	825
	c) Sonstige Betriebs- u. Geschäftsausstattung/ Fuhrpark	1.330	2.257	1.860	1.667	1.892
	<b>Investitionen gesamt</b>	<b>22.302</b>	<b>19.408</b>	<b>17.925</b>	<b>17.375</b>	<b>13.523</b>
5.	Tilgung aufgenommener Darlehen	4.557	4.465	4.652	4.950	4.951
6.	Auflösungsbeträge	488	497	500	503	506
<b>Summe</b>		<b>27.347</b>	<b>24.370</b>	<b>23.077</b>	<b>22.828</b>	<b>18.980</b>

Finanzierung des Finanzbedarfs		2022 T€	2023 T€	2024 T€	2025 T€	2026 T€
1.	Abschreibungen	10.529	11.356	12.025	12.384	12.095
2.	Zuschüsse und Beiträge	100	100	100	100	100
3.	Gegenposten Aktivierte Eigenleistungen	942	970	999	1.029	1.060
4.	Jahresergebnis	1.544	1.224	1.248	1.272	1.296
5.	Kreditaufnahmen	14.232	10.720	8.705	8.043	4.429
<b>Summe</b>		<b>27.347</b>	<b>24.370</b>	<b>23.077</b>	<b>22.828</b>	<b>18.980</b>

Die Kassenkredite werden mit einem Höchstbetrag von 8.000.000 € festgesetzt.

Anlage zum 5jährigen Vermögens-, Erfolgs-und Finanzplan 2022-2026 - vorläufiges Investitionsprogramm -							
Jahr	Summe 2022-2026	2022	2023	2024	2025	2026	*) Veranlassung der Maßnahme
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
Summe Sonstige Investitionen	8.365	1.256	1.604	1.902	1.741	1.862	
Summe Neu - Investitionen	37.273	12.695	11.972	7.357	5.224	25	
Summe Ersatz - Investitionen	44.895	8.351	5.832	8.666	10.410	11.636	
<b>Gesamtinvestitionen</b>	<b>90.533</b>	<b>22.302</b>	<b>19.408</b>	<b>17.925</b>	<b>17.375</b>	<b>13.523</b>	
<b>Sonstige Investitionen</b>	<b>8.365</b>	<b>1.256</b>	<b>1.604</b>	<b>1.902</b>	<b>1.741</b>	<b>1.862</b>	
Zu aktivierende Eigenleistungen	5.000	942	970	999	1.029	1.060	
Baukostenzuschüsse AVSK	3.365	314	634	903	712	802	
<b>Neu - Investitionen</b>	<b>37.273</b>	<b>12.695</b>	<b>11.972</b>	<b>7.357</b>	<b>5.224</b>	<b>25</b>	
<b>Sonderbauwerke / Kanal / Kläranlagen</b>	<b>5.275</b>	<b>175</b>	<b>525</b>	<b>2.025</b>	<b>2.525</b>	<b>25</b>	
Bau- und Gewerbegebiete: Oberschelden Seelbach ...	125	25	25	25	25	25	A1
Gewerbegebiet Martinshardt II	5.150	150	500	2.000	2.500		A1
<b>Kläranlage Siegen</b>	<b>29.248</b>	<b>12.270</b>	<b>10.747</b>	<b>5.032</b>	<b>1.199</b>	<b>0</b>	
Medienkanal 2 BA	500	500					
<b>1.BA - RECHEN:</b> Bautechnik; Maschinentechnik; EMSR	1.000	1.000					
<b>2.BA - Schlammwasserbehandlung</b> Bautechnik; Maschinentechnik; EMSR	500	500					
<b>3.BA NB + Umbau Nachklärbecken 1+2</b> Bautechnik; Maschinentechnik; EMSR	11.630	4.900	5.441	1.200	89		
<b>4.BA NB Deni-Becken u. VK-becken</b> Bautechnik; Maschinentechnik; EMSR	13.625	4.500	4.350	3.665	1.110		
<b>5.BA Kanäle + Pumpwerke</b> Bautechnik; Maschinentechnik; EMSR	70	70					
<b>6.BA</b> Infrastruktur	1.923	800	956	167			
<b>Kläranlage Weidenau</b>	<b>1.900</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>300</b>	<b>1.500</b>	<b>0</b>	
Speicherbecken aktivieren	1.900	50	50	300	1.500		
<b>Sonderbauwerke / Kanal</b>	<b>850</b>	<b>200</b>	<b>650</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
Kanalanschluss RÜB Bismarckstraße	500	50	450				
Umbau Drossel RÜB 175 Emilienstraße	350	150	200				
<b>Ersatz - Investitionen</b>	<b>44.895</b>	<b>8.351</b>	<b>5.832</b>	<b>8.666</b>	<b>10.410</b>	<b>11.636</b>	
<b>Kanalbetrieb / Betriebshof</b>	<b>4.555</b>	<b>915</b>	<b>758</b>	<b>917</b>	<b>915</b>	<b>1.050</b>	
EDV	45	5	8	7	15	10	
Geräte / Werkzeuge	115	20	25	20	30	20	
Fuhrpark	3.320	700	600	720	600	700	
Sonderbauwerke	950	150	100	150	250	300	



Jahr	Summe 2022-2026	2022	2023	2024	2025	2026	*) Veranlassung der Maßnahme
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
ESi Betriebshof	125	40	25	20	20	20	
<b>Geschäftsausstattung</b>	<b>550</b>	<b>215</b>	<b>215</b>	<b>40</b>	<b>40</b>	<b>40</b>	
EDV-Anlagen	475	200	200	25	25	25	
Büroeinrichtung	75	15	15	15	15	15	
<b>Kläranlagen</b>	<b>3.560</b>	<b>1.010</b>	<b>700</b>	<b>550</b>	<b>550</b>	<b>750</b>	
KA Siegen	2.900	800	600	500	500	500	
KA Weidenau	660	210	100	50	50	250	
<b>Sonderbauwerke / Kanal</b>	<b>36.230</b>	<b>6.211</b>	<b>4.159</b>	<b>7.159</b>	<b>8.905</b>	<b>9.796</b>	
Siegstraße / Gärtnerstraße / Ausstraße	611	611					
Memeler Str. / Heidenbergstraße / Memelerstraße hdH.	800	800					A2 / A3
Abendröthe / Am Nöchel / Am Zäunchen	1.100	1.100					A2 / A3
Heeserstraße / Siegufer	1.100	800	300				A2 / A3
Im Neuenhof	500	500					A3
Bergstraße	1.750	1.250	500				A2 / A3
Freystraße	900	50	450	400			A2 / A3
Batterieweg	850	600	250				A2 / A3
Haardtstraße	750	400	350				A2 / A3
Bürbacher Weg / Siemenstraße / Banfer Weg	735	50	485	200			A3
Am Schleifmühlchen	206	50		156			A2 / A3
Hubacher Weg	475		25	450			A2 / A3
Achenbacher Tal	1.488		200	500	788		A2 / A3
Ludwig-Kenter-Straße	475		250	225			A2 / A3
Hengsbachstr. 2. BA	650		300	350			A3
Umbau Rü's Abwasserüberleitung	150		150				A1
Heuperstraße/Bergfriederstr.	157		157				A2 / A3
Fichtestraße / Leibnitzstraße	113		113				A2 / A3
Dr. Ernst-Str.2. BA	309		309				A2 / A3
Hainer Weg	320		320				A2 / A3
Hagener Straße, Porschestraße	1.020			100	520	400	A3
Falkstraße	355			355			A2 / A3
Bubergstraße	131			131			A2 / A3
Obenstruthstraße / Köpfchenstraße / Rubensstraße / Saarbrücker Straße	625			625			A2 / A3
Gilbergstraße	774			200	574		A2 / A3

Jahr	Summe 2022-2026	2022	2023	2024	2025	2026	*) Veranlassung der Maßnahme
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
Im Stummefeld RW und SW	261			261			A2 / A3
Bürbacher Weg 2.BA	700			300	400		A3
Bahnstraße	325			325			A2 / A3
Eiserfelderstraße / Gleisverlegung	195			195			A3
Birlenbacher Straße	231			231			A2 / A3
Brachhain / Lambertweg - RW-Kanal	338			338			A2 / A3
Wetzlarer Straße / Haigerer Straße	719			719			A2 / A3
Berleburger Straße	352			352			A2 / A3
Lilienstraße	55			55			A2 / A3
Forststraße	91			91			A2 / A3
Am Stadtwald / Ernst-Bach-Straße	1.208			600	608		A2 / A3
Charlottenstraße	282				282		A2 / A3
Wartburgstraße / Johann-Hus-Straße / Bodelschwingstraße	402				402		A2 / A3
Schelderberg	835				835		A2 / A3
Schelderberg hdH	362				362		A2 / A3
Im Samelsfeld	92				92		A2 / A3
Talstraße	201				201		A2 / A3
Heckenbergstraße	54				54		A2 / A3
Im alten Hoff / In der Mittelbach	604				604		A2 / A3
Oststraße / Weißbachweg / Brüderweg HdH	372				372		A2 / A3
Austraße	221				221		A2 / A3
Am Hengsberg	262				262		A2 / A3
Posener Straße / Bromberger Straße HdH / Gnesener Straße HdH	584				584		A2 / A3
Hirschberger Straße	141				141		A2 / A3
Schulstraße / Eiserntalstraße	167				167		A2 / A3
Hainbornstraße	429				429		A2 / A3
Am Fr.-Flender-Platz	187				187		A2 / A3
Am Lausbecher	409				409		A2 / A3
Lindenstraße	411				411		A2 / A3
Zum Obstgarten / Bielfeld	455					455	A2 / A3
Felsenweg/Steiler Weg/Samuel-Frank- Straße/Grobestraße	1.370					1.370	A2 / A3
Schloßblick/Schloßblick HdH	608					608	A2 / A3
Auf der Meinhardt	1.656					1.656	A2 / A3

Jahr	Summe 2022-2026	2022	2023	2024	2025	2026	*) Veranlassung der Maßnahme
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
Tiergartenstraße	252					252	A2 / A3
Kolbeweg	225					225	A2 / A3
Am Wäldchen/ Am Rückelchen / Adlerstraße / Eulenweg	861					861	A2 / A3
In der Lehmkuhle	205					205	A2 / A3
Am Rosengarten	171					171	A2 / A3
Kohlenbergstraße	468					468	A2 / A3
Heesstraße	482					482	A2 / A3
Gießener Straße	542					542	A2 / A3
Am Siegenstein	1.168					1.168	A2 / A3
Hauptmarkt / Waldhausstraße / Auf dem Mühlengraben	182					182	A2 / A3
Fröbelstraße / Geisweiderstr.	96					96	A2 / A3
Dreisbacher Straße	101					101	A2 / A3
Autobahnrastst.-Alch.Str.	554					554	A2 / A3

**\*) Veranlassung der Maßnahme**

A1	erstmalige Erstellung der Anlage
A2	Kanalisation - Sanierungsmaßnahme aus hydraulischen Gründen
A3	Kanalisation - Sanierungsmaßnahme aus baulichen Gründen
A8	Behandlung von Mischwasser
A9	Behandlung von Niederschlagswasser
A12	Versickerungsanlagen
A13	Ortsnahe Einleitung
A16	Planungen, keiner Maßnahme direkt zuzuordnen

## Stellenübersicht 2022

Besoldungsgruppe, Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2021		Zahl der Stellen 2022
	Soll	Ist 30.06.	Soll
<b>Beamte (nachrichtlich aus Stellenplan der Stadt)</b>			
A 13	1	0	1
A 12	0	1	0
A 11	2	2	2
Gesamt	3	3	3
<b>Arbeitnehmer</b>			
15	1	1	1
14	1	1	1
13	0	0	0
12	4	5	3
11	9	7,1	11
10	1	1	1
9b	3	3	7
9a	11,51	12,64	11
8	2	1	0
7	4	3	4
6	32,51	31,51	34,51
5	2	2	2
4	0	0	0
3	2	2	1
2	1	1	1
1	0	0	0
Gesamt	74,02	71,25	77,51
<b>Gesamtstellen</b>	<b>77,02</b>	<b>74,25</b>	<b>80,51</b>
<b>Auszubildende</b>			
Verwaltung	1	0	0
Kläranlagenbetrieb	1	0	1
Kanalbetrieb	3	1	2
Insgesamt	5	1	3
<b>nachrichtlich (beurlaubt, sonstiges)</b>			
11	1	1	1
9a	1	0	1
Insgesamt	2	0	1

# Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2022

## Allgemein:

Der Wirtschaftsplan, insbesondere der Erfolgsplan, orientiert sich an den durch die Abteilungen angemeldeten Kostenplanungen und den Erkenntnissen aus der Gewinn- und Verlustrechnung 2020. Die Kosten der Klärschlamm-trocknung sind in den entsprechenden Kostenblöcken enthalten.

### 1. Umsatzerlöse

Die für 2022 von SVB geschätzte Frischwasserabgabe (=Schmutzwasseranfall) ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. Anhand der Durchschnittswerte der letzten 4-5 Jahre werden die Deponiesickerwassermengen angenommen. Im Vergleich zum Jahr 2021 wird ein ca. 21 Tm<sup>3</sup> (Vorjahr 387 Tm<sup>3</sup>) niedrigerer Anfall geschätzt. Die Umsatzerlöse im Bereich Schmutzwassergebühren steigen um ca. 942 T€.

Die mit Gebührenbescheiden abzurechnenden Flächen (private versiegelte Flächen, öffentliche Gebäudeflächen und öffentliche Straßenflächen Dritter) sind leicht ansteigend, während die Erlöse leicht absinken. Die Erlöse für die städtischen öffentlichen Verkehrsflächen sinken ebenfalls leicht ab.

Die Erlöse aus der Bestandsveränderung von Gebührenausgleichsverbindlichkeiten entsprechen den Überdeckungen der Schmutzwassergebühren und Niederschlagswassergebühren aus den Betriebsabrechnungen der vergangenen Jahre (2018, 2019 und 2020), die in die Gebührenkalkulation eingestellt werden (müssen).

In den Umsatzerlösen sind Erlöse für die Klärschlamm-trocknung in Höhe von 798 T€ enthalten, die einem externen Klärschlamm-anfall von ca. 8.400 t entsprechen.

Der Mitbenutzungsanteil der Stadt Netphen an den Kosten für die Kläranlage Weidenau beträgt 13,0%. Im internen Verrechnungsverfahren werden Kosten für die Verwaltung der Kläranlage Weidenau ermittelt und der Stadt Netphen anteilig berechnet.

Der Ausgleich der Stadt Siegen für die Gewässerunterhaltung sowie für die Regeneinlassreinigung ergibt sich aus den anteiligen Personalkosten für diese Bereiche zuzüglich der anteiligen Sachkosten, die auf diese Personalkosten entfallen.

### 2. Aktivierte Eigenleistungen

Die Aktivierten Eigenleistungen werden nach den anteiligen Personalkosten für Planung und Bauleitung zuzüglich eines Gemeinkostenzuschlages von 10% eingeplant.

### 3. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge werden unverändert zum Vorjahr eingeplant.

### 4. a)+b) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, bezogene Waren / Bezogene Leistungen

Die Kosten für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für die bezogenen Waren und Leistungen werden nach den betrieblichen Erfordernissen eingeplant und diesen entsprechend angepasst. Der Ansatz bleibt nahezu unverändert zum Vorjahr.

### 5. a)+b) Personalkosten

Die Personalkosten werden entsprechend dem Stellenplan angesetzt, entsprechende Mehrkosten für tarifliche Steigerungen und Stufenaufstiege sind enthalten. In den Personalkosten sind Kosten für die Altersteilzeit (Rückstellungen) von zwei Beamten und drei tariflich Beschäftigten enthalten.

## **6. Abschreibungen**

Die Abschreibungen steigen, entsprechend den erhöhten Investitionen, an.

## **7. Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Die Kosten in diesen Bereichen werden für 2022 nahezu unverändert eingeplant. Im Bereich EDV werden weitere Digitalisierungsmaßnahmen durchgeführt, entsprechend ist mit höheren Kosten zu rechnen. Dem entgegen stehen sinkende Kosten aus Rechts- und Beratungskosten, da die größeren Rechtsstreitigkeiten der letzten Jahre nahezu abgeschlossen sind.

## **8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge**

Im Jahr 2022 werden keine Zinserträge erwartet, da nur in Ausnahmefällen Liquiditätsüberschüsse entstehen und keine Anlagezinssätze erzielt werden können.

## **9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens**

Entsprechend dem Wirtschaftsplan der ESi GmbH wird der dort ausgewiesene Verlust als Wertminderung der Beteiligung eingeplant.

## **10. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen**

Der Zinsaufwand reduziert sich im Jahr 2022 weiter, ausgelaufene Zinsbindungen werden mit weit niedrigeren Zinssätzen prolongiert, neu Darlehen werden um 0% abgeschlossen.

## **11. Jahresergebnis**

Insgesamt ergibt sich in Abstimmung zur Gebührenkalkulation ein kalkuliertes positives Ergebnis in Höhe von ca. 1.544 T€ aus:

- der nicht in die Gebührenkalkulation eingestellten Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse und Abwasserabgaben in Höhe von ca. + 538 T€,
- den nicht in die Gebührenkalkulation eingestellten Aufwendungen für vorzeitige Anlagenabgänge in Höhe von ca. - 250 T€
- den nicht in die Gebührenkalkulation eingestellten Aufwendungen für die Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von ca. - 60 T€
- der Differenz zwischen tatsächlichem Fremdkapitalzins und dem kalkulatorischen Zins in Höhe von ca. + 1.318 T€
- den Abschreibungen auf Finanzanlagen (ESi GmbH) in Höhe von ca. – 10 T€.
- und Rundungsdifferenzen zwischen Gebührenkalkulation und Wirtschaftsplan in Höhe von ca. 8 T€.

## **Erläuterungen zum 5-jährigen Vermögens-, Erfolgs- und Finanzplan 2022-2026**

Der Gesamtbetrag der Investitionen setzt sich aus den erforderlichen Ersatzinvestitionen und den Neuinvestitionen zusammen. Ab dem Jahr 2023 werden die Gesamtinvestitionen, nach den erhöhten Investitionen für Überleitung der Kläranlage Weidenau, Klärschlamm-trocknung, Medienkanal und Ertüchtigung der Kläranlage Siegen, wieder nach und nach auf das „normale“ Maß zurückgeführt.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: Entsorgungsbetrieb  
Bearbeitet von: Herrn Quandel

Siegen, 29.10.2021

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Betriebsausschuss**

**19.11.2021**

**Rat**

**24.11.2021**

Kurzbezeichnung:

**Gebührenkalkulation / Kanalbenutzungsgebühren 2022**

### Beschlussvorschlag:

Der Betriebsausschuss empfiehlt, der Rat beschließt die Gebührenkalkulation lt. Anlage 1.

Die Kanalbenutzungsgebühr für Schmutzwasser wird auf 2,20 € / m<sup>3</sup> erhöht.

Die Kanalbenutzungsgebühr für Niederschlagswasser wird auf 0,84 € / m<sup>2</sup> gesenkt.

### Sachverhalt / Begründung:

Auf die schriftlichen Erläuterungen der Anlage wird Bezug genommen.  
Weiterer Vortrag erfolgt bei Bedarf mündlich.

gez.

Stephan Roth

Betriebsleitung

Christof Quandel

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

# **Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen**

## **Gebührenkalkulation Kanalbenutzungsgebühren 2022**

- Schmutzwasser
- Niederschlagswasser

Kostenentwicklung in den Jahren 2020, 2021 und 2022

29.10.2021



<b>1. Personalkosten</b>		€	
lt. Gewinn- und Verlustrechnung	2020	5.191.343	
Gesamtpersonalkosten lt. Erfolgsplan	2021	5.515.650	
Planzahlen Löhne, Gehälter, Bezüge	2022	4.295.300	
Planzahlen Soz. Abgaben, Aufwendungen f. Altersvorsorge/Unterstützung	2022	1.502.220	
<b>Gesamtpersonalkosten lt. Erfolgsplan</b>	<b>2022</b>	<b>5.797.520</b>	
<b>abzüglich direkt zuzuordnende Kosten</b>			
Gebühren für die Entsorgung privater Kleinkläranlagen		-17.000	
Kostenanteil Stadt Netphen Kanal		-8.000	
Ausgleich für Gewässerunterhaltung		-525.000	
<b>Verbleibende Personalkosten für die Gebührenbedarfsberechnung</b>		<b>5.247.520</b>	
<b>2. Betriebs- und Bewirtschaftungskosten</b>		€	
lt. Gewinn- und Verlustrechnung	2020	7.742.378	
lt. Erfolgsplan	2021	7.489.273	
<b>lt. Erfolgsplan</b>	<b>2022</b>	<b>7.456.041</b>	
<b>abzüglich direkt zuzuordnende Kosten</b>			
Kostenerstattung Arbeiten Dritter (Hausanschlüsse)		-180.000	
Erträge Schadenersatz		0	
Neutrale Aufwendungen		-250.000	
<b>Verbleibende Betriebs- und Bewirtschaftungskosten für die Gebührenbedarfsberechnung</b>		<b>7.026.041</b>	
<b>3. Abschreibungen</b>		€	
lt. Gewinn- und Verlustrechnung	2020	9.130.830	
lt. Erfolgsplan	2021	10.220.915	
<b>lt. Erfolgsplan</b>	<b>2022</b>	<b>10.539.447</b>	
<b>abzüglich direkt zuzuordnende Kosten</b>			
Abschreibungen auf Finanzanlagen (ESi GmbH)		-10.000	
<b>Verbleibende Abschreibung für die Gebührenbedarfsrechnung</b>		<b>10.529.447</b>	
<b>4. Kalkulatorische Zinsen</b>		€	
lt. Betriebsabrechnung	2020	3.663.401	
lt. Gebührenkalkulation	2021	3.055.722	
<b>lt. Erfolgsplan (Ist)</b>	<b>2022</b>	<b>1.485.591</b>	
<b>kalkulatorische Zinsen</b>	<b>Kalk. Zins</b>	<b>2022</b>	<b>2.804.415</b>
<b>abzüglich direkt zuzuordnende Kosten</b>			
Zinsaufwand Abzinsung von Rückstellungen			-60.000
<b>Verbleibende Kapitalzinsen für die Gebührenbedarfsberechnung</b>			<b>2.744.415</b>

## 5. Zusammenfassung der geplanten Kosten nach Bereinigung

	€
1. Personalkosten	5.247.520
2. Betriebs- und Bewirtschaftungskosten	7.026.041
3. Abschreibungen	10.529.447
4. Kalkulatorische Zinsen	2.744.415
<b>Verbleibende Gesamtkosten</b>	<b>25.547.423</b>

## 6. Unterteilung nach Schmutzwasser/Niederschlagswasser

	Schmutzwasser		Niederschlagswasser	
	%	€	%	€
Personalkosten Verteilungsschlüssel SW/NW nach Einzelberechnung	57,3	3.006.829	42,7	2.240.691
Betriebs- und Bewirtschaftungskosten Verteilungsschlüssel SW/NW nach Einzelberechnung	70,2	4.932.281	29,8	2.093.760
Abschreibungen Verteilungsschlüssel SW/NW nach Einzelberechnung	52,6	5.538.489	47,4	4.990.958
Fremdkapitalzinsen Verteilungsschlüssel SW/NW nach Einzelberechnung	47,4	1.300.853	52,6	1.443.562
<b>Verbleibende Gesamtkosten</b>		<b>14.778.452</b>		<b>10.768.971</b>

## 7. Einnahmeentwicklung

### 7.1 Kanalbenutzungsgebühr Schmutzwasser nach dem Frischwasserverbrauch

Der Frischwasserverbrauch als Grundlage für die Berechnung der Kanalbenutzungsgebühr Schmutzwasser hat sich in den vergangenen Jahren wie folgt entwickelt:

Jahr	Veranlagung SVB	Veranlagung ESi			Insgesamt
	Schmutzwasser m³	Deponie- sickerwasser (siehe unten) m³	Eigen- förderung, besondere Verein- barungen m³	Erstattungen m³	
2020 - Plan	4.860.000	391.000	30.000	-50.000	5.231.000
2020 - Ist	5.176.511	391.591	23.070	-57.518	5.533.654
2021 - Plan	4.890.000	387.000	30.000	-50.000	5.257.000
<b>2022 - Plan</b>	<b>5.100.000</b>	<b>366.000</b>	<b>30.000</b>	<b>-50.000</b>	<b>5.446.000</b>

#### Deponiesickerwasser - Gebühr der Kreisabfalldéponie Fludersbach

	2021	2020	2019	2018	2017	Monats - Ø
Januar	23.959 m³	49.820 m³	47.260 m³	116.643 m³	12.835 m³	50.103 m³
Februar	50.710 m³	83.363 m³	44.102 m³	64.253 m³	22.825 m³	53.051 m³
März	31.551 m³	108.572 m³	67.097 m³	41.307 m³	65.948 m³	62.895 m³
April	35.690 m³	43.749 m³	43.271 m³	46.664 m³	32.567 m³	40.388 m³
Mai	31.820 m³	21.761 m³	23.597 m³	26.282 m³	23.838 m³	25.460 m³
Juni	28.694 m³	15.936 m³	18.694 m³	17.273 m³	17.243 m³	19.568 m³
Juli	30.070 m³	13.477 m³	13.665 m³	13.697 m³	13.827 m³	16.947 m³
August	23.785 m³	10.948 m³	11.813 m³	11.472 m³	16.067 m³	14.817 m³
September	19.128 m³	8.770 m³	9.861 m³	9.825 m³	18.214 m³	13.160 m³
Oktober		10.003 m³	13.334 m³	8.214 m³	22.897 m³	13.612 m³
November		11.390 m³	17.787 m³	7.254 m³	26.059 m³	15.623 m³
Dezember		13.802 m³	38.349 m³	20.958 m³	87.185 m³	40.074 m³
Summe	275.407 m³	391.591 m³	348.830 m³	383.842 m³	359.505 m³	<b>365.698 m³</b>
Monate	9	12	12	12	12	12
Jahres - Ø	30.601 m³	32.633 m³	29.069 m³	31.987 m³	29.959 m³	30.475 m³

Die wetterabhängige Sickerwassermenge der Kreisabfalldéponie Fludersbach kann auf 366.000 m³ geschätzt werden.

## 7.2 Kanalbenutzungsgebühr Niederschlagswasser nach den versiegelten Grundstücksflächen

2021	Beschreibung	Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr
7.388.370 m <sup>2</sup> <b>66,13%</b>	mit Gebührenbescheiden abzurechnende Flächen (private versiegelte Flächen inkl. öffentliche Gebäudeflächen wie Schulen etc. und öffentlicher Straßenflächen Dritter)	7.374.845 m <sup>2</sup> 66,09%	+ 0,18 %
3.784.019 m <sup>2</sup> <b>33,87%</b>	städtische öffentliche Verkehrsflächen (Straßen, Wege, Plätze etc.)	3.783.281 m <sup>2</sup> 33,91%	+ 0,02 %
11.172.389 m <sup>2</sup> 100,00%	Gesamte versiegelte Fläche	11.158.126 m <sup>2</sup> 100,00%	+ 0,13 %

Damit beträgt der von der Stadt Siegen aus allgemeinen Deckungsmitteln zu erbringende Straßenentwässerungsanteil **33,87%** der Gesamtkosten der Regenwasserentsorgung und Klärung.

## 8. Gebührenbedarfsberechnung

	Nicht abzu- ziehen	Gesamt €	Schmutzwasser %	€	Niederschlagsw. %	€
<b>Verbleibende Gesamtkosten</b>		<b>25.547.423</b>		<b>14.778.452</b>		<b>10.768.971</b>
<b>Sonstige Umsatzerlöse/Erträge</b>						
Bestandsveränderung	1.119.765	-		-		-
Gebührenaussgleichsrückstellung (in 9. Kalkulation berücksichtigt)						
Erlöse Klärschlamm-trocknung		798.000	83,50	666.330	16,50	131.670
Gebühren für Entwässerungsgenehmigungen		6.000	57,10	3.426	42,90	2.574
Gebühren für die Entsorgung privater Kleinkläranlagen (direkt bei den Personalkosten abgezogen)	17.000	-		-		-
Gebühren für Fäkalienanfuhr		300	100,00	300	0,00	0
Kostenerstattung Hausanschlüsse (direkt bei den Betriebs- und Bewirtschaftungskosten abgezogen)	180.000	-		-		-
Kostenanteil Stadt Netphen Kanal (direkt bei den Personalkosten abgezogen)	8.000	-		-		-
Kostenanteil Stadt Netphen Kläranlage Weidenau		359.352	83,50	300.059	16,50	59.293
Kostenanteil Stadt Freudenberg		225.000	84,20	189.450	15,80	35.550
Sonstige Erlöse		15.000	57,10	8.565	42,90	6.435
Erstattung Sachaufwand		45.000	57,10	25.695	42,90	19.305
Erträge AVSK	0	168.600	74,10	124.933	25,90	43.667
Erträge ESi GmbH		7.000	57,10	3.997	42,90	3.003
Mieterträge		35.000	57,10	19.985	42,90	15.015
Kostenanteil Stadtgärtnerei		40.000	84,50	33.800	15,50	6.200
Erträge aus der Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse-KAB	538.000	-		-		-
Erträge aus früheren Jahren	0	-		-		-
Erträge Wasserbau (direkt bei den Personalkosten abgezogen)	525.000	-		-		-
Erträge Regeneinlassreinigung		441.000	0,00	0	100,00	441.000
Aktivierte Eigenleistung		942.000	57,10	537.882	42,90	404.118
Erträge aus Mahngebühren		2.000	57,10	1.142	42,90	858
Erträge aus Zwangsgeldern		500	57,10	286	42,90	214
Erträge Schadenersatz (direkt bei den Betriebs- u. Bewirtschaftungskosten abgezogen)	0	-		-		-
Sonstige Zinserträge		0	57,10	0	42,90	0
<b>Summe abzuziehende Erträge</b>		<b>3.084.752</b>	<b>-</b>	<b>1.915.850</b>	<b>-</b>	<b>1.168.902</b>
<b>Verbleibende Kosten für den Gebührenbedarf</b>		<b>22.462.671</b>		<b>12.862.602</b>		<b>9.600.069</b>

## 9. Gebührenkalkulation

### 9.1 Schmutzwassergebühr

Bemessungsgrundlage (lt. 7.1)	5.446.000 m³
-------------------------------	--------------

Gesamtkosten der Schmutzwasserbehandlung			12.862.602 €	
Überdeckung aus (Rest)	2018	25%	-225.597 €	( 0 €)
Überdeckung aus (Rest)	2019	35%	-544.189 €	( -466.447 €)
Überdeckung aus (Rest)	2020	25%	-87.491 €	( -262.472 €)
zu verteilende Gesamtkosten der Schmutzwasserbehandlung			12.005.325 €	

$$\text{Einzelgebühr pro m}^3 \text{ Frischwasser (Stückkosten)} = \frac{12.005.325 \text{ €}}{5.446.000 \text{ m}^3} = 2,20 \text{ €/m}^3$$

### 9.2 Niederschlagswassergebühr

Gesamtkosten der Regenwasserbehandlung			9.600.069 €	
Überdeckung aus (Rest)	2018	25%	-141.451 €	( 0 €)
Überdeckung aus (Rest)	2019	35%	-105.856 €	( -90.734 €)
Überdeckung aus (Rest)	2020	25%	-15.181 €	( -45.543 €)
zu verteilende Gesamtkosten der Regenwasserbehandlung			9.337.581 €	
abzügl. Anteil des lt. Gesetz von der Stadt Siegen aus allgemeinen	33,87%		-3.162.639 €	
Verbleibende Kosten für den Gebührenbedarf			6.174.942 €	
Bemessungsgrundlage private versiegelte Flächen			7.388.370 m²	

$$\text{Einzelgebühr pro m}^2 \text{ versiegelte Fläche (Stückkosten)} = \frac{6.174.942 \text{ €}}{7.388.370 \text{ m}^2} = 0,84 \text{ €/m}^2$$

### 9.3 Gebührenvergleich

Zur Erreichung einer Kostendeckung im Bereich Stadtentwässerung sind nach

an <b>Schmutzwassergebühren</b> zu erheben:	2,20 €/m³
derzeitige Gebühr (seit 01.01.2021):	2,10 €/m³
<b>Gebührenveränderung pro m³ Frischwasser:</b>	<b>0,10 €/m³</b>

an <b>Niederschlagswassergebühren</b> zu erheben:	0,84 €/m²
derzeitige Gebühr (seit 01.01.2021):	0,88 €/m²
<b>Gebührenveränderung pro m² versiegelte Fläche</b>	<b>-0,04 €/m²</b>

## **Erläuterungen zur Kalkulation der Schmutz- und Niederschlagswassergebühren 2022**

In den 4 Kostenblöcken werden die Kosten aus dem Wirtschaftsplan 2022 widergespiegelt. Weitgehend zuzuordnende Erträge werden in den jeweiligen Kostenblöcken auch unmittelbar abgezogen. Dabei wird davon ausgegangen, dass insgesamt nicht mehr als die gebührenrelevanten Kosten durch Erträge zu decken sind.

Periodenfremde Aufwendungen und Erträge und Aufwendungen für Restbuchwerte aus Anlagenabgängen dürfen in der Gebührenkalkulation nicht berücksichtigt werden.

Bei den **Personalkosten (1.)** wurden die Gebühren für die Entsorgung privater Kleinkläranlagen, der Kostenanteil der Stadt Netphen für die Kanalunterhaltung im Bereich der Stadt Siegen und der Ausgleich der Stadt Siegen für die Gewässerunterhaltung direkt zugeordnet. Diese Zuordnung war möglich, da diese Erträge zum größten Teil auf der Umlage von Personalkosten beruhen.

Bei den **Betriebs- und Bewirtschaftungskosten (2.)** wurden die Kostenerstattungen für die Hausanschlüsse direkt zugeordnet, da die Kosten für diese Erträge in den bezogenen Leistungen verbucht werden. Weiterhin werden in diesem Kostenblock die Aufwendungen für Anlagenabgänge (Restbuchwerte) abgezogen, da diese die Gebühren nicht erhöhen dürfen (s.o.).

Bei den **Abschreibungen (3.)** konnten lediglich die Kosten für die Abschreibungen auf Finanzanlagen (ESi GmbH) direkt zugeordnet werden, die nicht gebührenwirksam werden dürfen.

Den **Kalkulatorischen Zinsen (4.)** wurden keine Erträge direkt zugeordnet. Die Aufwendungen für die Veränderung von Abzinsungen werden hier eliminiert. Der Kalkulationszinssatz beträgt 1,5 %.

Unter **Zusammenfassung der geplanten Kosten 2022 nach Bereinigung (5.)** werden die bereinigten Kosten lediglich zu einem Kostenvolumen zusammengefasst.

In **Unterteilung nach Schmutzwasser/Niederschlagswasser (6.)** wird dieses Kostenvolumen nach Kostenblöcken in einen Anteil Schmutzwasser und einen Anteil Niederschlagswasser aufgeteilt. Dieser Aufteilung liegt die 2. Fortschreibung des Gutachtens zur Ermittlung des Schmutz- und Regenwasseranteils an den Kosten der Abwasserbeseitigung zugrunde. Nach den dort ermittelten Aufteilungsquoten werden die einzelnen Kostenblöcke aufgeteilt.

Im Punkt **Kanalbenutzungsgebühr Schmutzwasser nach dem Frischwasserverbrauch (7.1)** wird der Verteilungsmaßstab für die Schmutzwassergebühr ermittelt. Auf Basis des prognostizierten Frischwasserverbrauchs werden die gebührenwirksamen m<sup>3</sup> Schmutzwasser ermittelt. Insbesondere wird die Deponiesickerwassermenge auf Basis der letzten 5 Jahre geschätzt. Dazu werden die eigenen Veranlagungen für Eigenförderungen, besondere Vereinbarungen und die Erstattungen gerechnet. Für das Jahr 2022 kann auf Basis der Prognose der SVB angenommen werden, dass die Frischwassermenge leicht steigt.

Unter **Kanalbenutzungsgebühr Niederschlagswasser nach den versiegelten Grundstücksflächen (7.2)** wird die versiegelte Gesamtfläche der Stadt Siegen wiedergegeben. Insgesamt steigt die Gesamtfläche um 0,18 %. Die städtischen öffentlichen Verkehrsflächen steigen leicht an. Der Straßenentwässerungsanteil für die Stadt Siegen von 33,87 % ist durch die Stadt Siegen aus allgemeinen Deckungsmitteln zu erbringen.

Im Punkt **Gebührenbedarfsberechnung (8.)** werden die Erträge aufgeteilt nach Schmutz- und Niederschlagswasser von den verbleibenden Gesamtkosten (siehe 1. bis 4., zusammengefasst in 5., nach Schmutz und Niederschlagswasser in 6. unterteilt) abgezogen. Diese Erträge sind keinem Kostenblock eindeutig zuzuordnen und können deshalb in keinem Kostenblock vorweg abgezogen werden. Systematisch werden alle Kosten und Erträge ermittelt, lediglich die Erträge aus den Kanalbenutzungsgebühren bleiben variabel. Die Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen (Kanalanschlussbeiträgen) werden nicht in Abzug gebracht. Dadurch soll in vernünftiger Art und Weise Vorsorge für den Werteverzehr des Anlagevermögens getroffen werden. Das Anlagevermögen wird zugunsten der Gebührenzahler nicht auf Basis der Wiederbeschaffungszeitwerte sondern der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abgeschrieben.

Unter **Gebührenkalkulation (9.)** findet die eigentliche Berechnung der Gebühren statt. Die gebührenwirksamen Kosten werden über die Inanspruchnahme der Anlagen ( $\text{m}^3$  Schmutzwasser und  $\text{m}^2$  versiegelte Fläche) in die Kanalbenutzungsgebühren umgerechnet. Dabei wird bei der Schmutzwassergebühr der Frischwassermaßstab für das Schmutzwasseraufkommen herangezogen.

Im Punkt **Schmutzwassergebühr (9.1)** werden von den Gesamtkosten der Schmutzwasserbehandlung Teile der Überdeckungen aus 2018, 2019 und 2020 abgezogen. Dieser Betrag wird durch die Gesamt-Bemessungsgrundlage (Schmutzwassermenge) dividiert, daraus ergibt sich die Schmutzwassergebühr pro  $\text{m}^3$  Schmutzwasser.

Unter **Niederschlagswassergebühr (9.2)** werden die Gesamtkosten der Regenwasserbehandlung um Teile der Überdeckungen aus 2018, 2019 und 2020 reduziert. Die zu verteilenden Gesamtkosten der Regenwasserbehandlung werden um den direkt durch die Stadt Siegen aus allgemeinen Deckungsmitteln zu erbringenden Straßenentwässerungsanteil reduziert und dann durch die  $\text{m}^2$  der versiegelten Flächen dividiert, hieraus ergibt sich die Niederschlagswassergebühr pro  $\text{m}^2$  versiegelte Fläche.

Im **Gebührenvergleich (9.3)** werden die kalkulierten Gebühren für 2022 mit den bisher festgesetzten Gebühren verglichen.

**Die Kanalbenutzungsgebühr für Schmutzwasser steigt von 2,10 €/m<sup>3</sup> um 0,10 €/m<sup>3</sup> auf 2,20 €/m<sup>3</sup> ab dem 01.01.2022.**

**Die Kanalbenutzungsgebühr für Niederschlagswasser sinkt von 0,88 €/m<sup>2</sup> um 0,04 €/m<sup>2</sup> auf 0,84 €/m<sup>2</sup> ab dem 01.01.2022.**



## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi)  
Bearbeitet von: Herrn Scheidt

Siegen, 29.10.2021

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Betriebsausschuss**

**19.11.2021**

**Rat**

**24.11.2021**

Kurzbezeichnung:

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Entwässerung der Grundstücke und deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Abwassersatzung - Neufassung)**

### Beschlussvorschlag:

Der Betriebsausschuss empfiehlt, der Rat beschließt zum 01.01.2022 die Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Abwassersatzung) gemäß der der Vorlage anliegenden Fassung.

### Sachverhalt / Begründung:

Das Landeswassergesetz NRW wurde im Jahr 2021 überarbeitet. In Folge dessen wurde vom Städte- und Gemeindebund NRW eine neue Mustersatzung veröffentlicht. Diese Mustersatzung ist mit dem Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW und mit dem Ministerium für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes NRW sowie mit der KommunalAgentur NRW abgestimmt. Damit ist sichergestellt, dass die aktuelle Rechtslage berücksichtigt ist. Die Abwassersatzung der Universitätsstadt Siegen entspricht überwiegend der Mustersatzung.

Die neue Abwassersatzung enthält folgende wesentliche Änderungen:

- § 7 Abs. 2 „Begrenzung des Benutzungsrechts“: Zur Klarstellung werden zusätzliche Stoffe genannt, die nicht in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet werden dürfen (u.a. Bohrwasser, Einwegwaschlappen etc.).
- § 13 Abs. 3 „Ausführung von Anschlussleitungen“: Aufnahme eines Hinweises, dass die Pflicht zum Einbau einer Rückstausicherung auch Grundstücke betrifft, bei denen in der

Vergangenheit noch keine Rückstausicherung eingebaut worden ist oder satzungsrechtlich hätte bereits eingebaut werden müssen.

- § 13 Abs. 7 „Ausführung von Anschlussleitungen“: Die bisherige Regelung sah vor, dass sämtliche Schadensersatzansprüche auf die Stadt Siegen übergehen, sofern private Anschlussleitungen von Dritten beschädigt wurden. Diese sollten dann von der Stadt Siegen/ ESi gegenüber dem Verursacher geltend gemacht werden. Aus unterschiedlichen Gründen ist diese Vorgehensweise nicht praktikabel bzw. juristisch bedenklich. Tatsächlich konnten nur selten Schadensersatzansprüche gegenüber Dritten erfolgreich durchgesetzt werden, da die Schadensursache zweifelsfrei erwiesen sein muss. Dies hat zur Folge, dass am Ende eines möglicherweise langen Prozesses die Kosten für die Instandsetzung dennoch vom Anschlussnehmer zu tragen sind, die Prozesskosten aber bei der Stadt Siegen/ ESi verbleiben. Weiterhin ist fraglich, inwieweit ESi mögliche Schadensersatzansprüche nachverfolgen muss (Pflicht zur Klage, Berufung, etc.?). Hieraus könnte ggf. ein Regressanspruch des Anschlussnehmers gegenüber ESi entstehen. Künftig wird der Anschlussnehmer informiert, sofern ESi Erkenntnisse vorliegen, dass ein Anschlusskanal von einem Dritten beschädigt oder beeinträchtigt worden sein könnte. ESi wird den Anschlussnehmer bei der Geltendmachung und Durchsetzung möglicher Schadensersatzansprüche unterstützen, jedoch nicht mehr eigenständig verfolgen.
- § 21 Abs. 3 „Ordnungswidrigkeiten“: Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 123 Abs. 4 LWG NRW nunmehr mit einer Geldbuße bis zu 50.000 € geahndet werden. Der bisherige Bußgeldrahmen endete bei 1.000 €.

Sämtliche Änderungen sind der beigelegten Synopse (Anlage 1) zu entnehmen. Der zu veröffentlichende Satzungstext ist als Anlage 2 beigelegt.

gez.

Quandel                      Scheidt  
Betriebsleitung

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Synopse Abwassersatzung](#)
2. [Abwassersatzung 2021+Anlage A](#)

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Entwässerung der Grundstücke und deren Anschluss an die öffentliche  
Abwasseranlage vom XX.XX.XXXX**

**(Abwassersatzung) - Synopse**

2017 ALT	2021 NEU
<p style="text-align: center;"><b>§ 7</b> <b>Begrenzung des Benutzungsrechts</b></p> <p>(2) In die öffentliche Abwasseranlage dürfen insbesondere <u>nicht</u> eingeleitet werden:</p> <p>(...)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>12. Blut aus Schlachtungen u. Schlachtabfälle;</li> <li>13. gasförmige Stoffe und Abwasser, das Gase in schädlichen Konzentrationen freisetzen kann;</li> <li>14. feuergefährliche und explosionsfähige Stoffe sowie Abwasser, aus dem explosionsfähige Gas-Luft-Gemische entstehen können;</li> <li>15. Emulsionen von Mineralölprodukten;</li> <li>16. Medikamente und pharmazeutische Produkte;</li> <li>17. Speisereste u. Nahrungsabfälle.</li> </ul>	<p style="text-align: center;"><b>§ 7</b> <b>Begrenzung des Benutzungsrechts</b></p> <p>(2) In die öffentliche Abwasseranlage dürfen insbesondere nicht eingeleitet werden:</p> <p>(...)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>12. <b>Kühlwasser, soweit dieses nicht im Einzelfall auf Antrag durch die Stadt schriftlich zugelassen worden ist;</b></li> <li>13. Blut aus Schlachtungen u. Schlachtabfälle;</li> <li>14. gasförmige Stoffe und Abwasser, das Gase in schädlichen Konzentrationen freisetzen kann;</li> <li>15. feuergefährliche und explosionsfähige Stoffe sowie Abwasser, aus dem explosionsfähige Gas-Luft-Gemische entstehen können;</li> <li>16. Emulsionen von Mineralölprodukten;</li> <li>17. Medikamente und pharmazeutische Produkte;</li> <li>18. Speisereste u. Nahrungsabfälle;</li> <li>19. <b>Abwasser aus Bohrungen zur Gewinnung von Erdwärme, soweit dieses nicht im Einzelfall auf Antrag durch die Stadt schriftlich zugelassen worden ist;</b></li> <li>20. <b>flüssige Stoffe, die kein Abwasser sind (§ 55 Abs. 3 WHG), soweit dieses nicht im Einzelfall auf Antrag durch die Stadt schriftlich zugelassen worden ist;</b></li> <li>21. <b>Einweg-Waschlappen, Einwegwischtücher und sonstige Feuchttücher, die sich nicht zersetzen und deshalb in der öffentlichen Abwasseranlage zu Betriebsstörungen z.B. an Pumpwerken führen können.</b></li> </ul>

- (8) Ein Anspruch auf Einleitung von Stoffen, die kein Abwasser sind, in die öffentliche Abwasseranlage besteht nicht. Dieses gilt auch für den Fall, dass die zuständige Behörde im Fall des § 55 Abs. 3 WHG die Einleitung gemäß § 58 Abs. 1 LWG NRW genehmigt.

### § 13

#### Ausführung von Anschlussleitungen

- (3) Der Grundstückseigentümer hat sich gegen Rückstau von Abwasser aus dem öffentlichen Kanal zu schützen. Hierzu hat er in Ablaufstellen unterhalb der Rückstauenebene (in der Regel die Straßenoberkante) funktionstüchtige sowie geeignete Rückstausicherungen gemäß den allgemein anerkannten Regeln der Technik einzubauen. Die Rückstausicherung muss jederzeit zugänglich sein und so errichtet und betrieben werden, dass eine Selbstüberwachung des Zustandes und der Funktion der Anschlussleitung möglich ist.
- (4) Bei der Neuerrichtung einer Anschlussleitung auf einem privaten Grundstück hat der Grundstückseigentümer unter Beachtung des § 8 Abs. 1 Satz 4 SÜwVO Abw NRW in der Nähe der Grundstücksgrenze einen geeigneten Einsteigeschacht mit Zugang für Personal oder eine geeignete Inspektionsöffnung auf seinem Grundstück außerhalb des Gebäudes einzubauen. Wird der Anschlusskanal erneuert oder verändert, so hat der Grundstückseigentümer nachträglich einen Einsteigeschacht auf seinem Grundstück erstmals einzubauen, wenn dieser vorher nicht eingebaut worden war. Lässt sich der Einsteigeschacht auf dem Grundstück nicht

- (8) Ein Anspruch auf Einleitung von Stoffen, die kein Abwasser sind, in die öffentliche Abwasseranlage besteht nicht. Dieses gilt auch für den Fall, dass die zuständige Behörde im Fall des § 55 Abs. 3 WHG die Einleitung gemäß § 58 Abs. 1 LWG NRW **genehmigt oder nach einer erfolgten Anzeige gemäß § 58 Abs. 1 LWG NRW kein Genehmigungsverfahren einleitet.**

### § 13

#### Ausführung von Anschlussleitungen

- (3) Der Grundstückseigentümer hat sich gegen Rückstau von Abwasser aus dem öffentlichen Kanal zu schützen. Hierzu hat er in Ablaufstellen unterhalb der Rückstauenebene (in der Regel die Straßenoberkante) funktionstüchtige sowie geeignete Rückstausicherungen gemäß den allgemein anerkannten Regeln der Technik einzubauen. **Diese Pflicht zum Einbau einer Rückstausicherung gilt für alle Grundstücke, d. h. auch für solche Grundstücke, bei denen in der Vergangenheit noch keine Rückstausicherung eingebaut worden ist oder satzungsrechtlich hätte bereits eingebaut werden müssen.** Die Rückstausicherung muss jederzeit zugänglich sein und so errichtet und betrieben werden, dass eine Selbstüberwachung des Zustandes und der Funktionstüchtigkeit der Anschlussleitung möglich ist.
- (4) **Bei der Neuerrichtung einer Anschlussleitung auf einem privaten Grundstück hat der Grundstückseigentümer in der Nähe der Grundstücksgrenze einen geeigneten Einsteigeschacht mit Zugang für Personal oder eine geeignete Inspektionsöffnung auf seinem Grundstück außerhalb des Gebäudes nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik (§ 60 WHG, § 56 Abs. 1 LWG NRW) einzubauen. Bei bestehenden Anschlussleitungen ist der Grundstückseigentümer zum nachträglichen Einbau eines geeigneten Einsteigeschachtes oder einer geeigneten Inspektionsöffnung verpflichtet, wenn er die Anschlussleitung erneuert oder verändert. In Ausnahmefällen kann auf Antrag des**

herstellen, kann die Stadt von der Verpflichtung absehen, wenn eine ausreichende Kontroll- und Reinigungsöffnung für den Anschlusskanal eingebaut wird. Der Einsteigeschacht bzw. die Kontroll- und Reinigungsöffnung muss jederzeit frei zugänglich und zu öffnen sein. Eine Überbauung oder Bepflanzung ist unzulässig.

- (7) Die Herstellung und Veränderung von Anschlusskanälen, aber auch deren ganze oder teilweise Erneuerung wegen eines ordnungswidrigen Zustandes oder eines unzureichenden Querschnittes, führt die Stadt im Bereich der öffentlichen Verkehrsfläche auf Kosten des Anschlussnehmers aus. Die Kosten werden nach der Satzung der Stadt über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren und Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren (Gebührensatzung) erhoben. Sollten Anschlusskanäle in Verbindung mit einer Baumaßnahme der Stadt hergestellt, verändert oder erneuert werden, teilt die Stadt dies grundsätzlich dem Anschlussberechtigten oder Anschlussnehmer vor Beginn der Baumaßnahme schriftlich mit.

Eine Heranziehung zum Kostenersatz kann nicht erfolgen, wenn die Stadt bzw. ESi oder ein Dritter die Erneuerungs-, Veränderungs- oder Unterhaltungsmaßnahme zu vertreten hat. Für den Fall, dass die Stadt im Eigentum von Anschlussinhabern stehende Anschlusskanäle, die von Dritten beschädigt bzw. beeinträchtigt worden sind, auf ihre Kosten wiederherstellt, gehen entsprechende Schadensersatzansprüche der Anschlussinhaber gegen den Verursacher der Beschädigung bzw. Beeinträchtigung, egal aus welchem Rechtsgrund, auf die Stadt ohne weiteres über.

Grundstückseigentümers von der Errichtung eines Einsteigeschachtes abgesehen werden, wenn eine ausreichende Kontroll- und Reinigungsöffnung für den Anschlusskanal eingebaut wird. Der Einsteigeschacht bzw. die Kontroll- und Reinigungsöffnung muss jederzeit frei zugänglich und zu öffnen sein. Eine Überbauung oder Bepflanzung ist unzulässig.

- (7) Die Herstellung und Veränderung von Anschlusskanälen, aber auch deren ganze oder teilweise Erneuerung wegen eines ordnungswidrigen Zustandes oder eines unzureichenden Querschnittes, führt die Stadt im Bereich der öffentlichen Verkehrsfläche auf Kosten des Anschlussnehmers aus. Die Kosten werden nach der Satzung der Stadt über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren und Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren (Gebührensatzung) erhoben. Sollten Anschlusskanäle in Verbindung mit einer Baumaßnahme der Stadt hergestellt, verändert oder erneuert werden, teilt die Stadt dies grundsätzlich dem Anschlussberechtigten oder Anschlussnehmer vor Beginn der Baumaßnahme schriftlich mit.

Eine Heranziehung zum Kostenersatz für Erneuerungs-, Veränderungs- oder Unterhaltungsmaßnahmen erfolgt nicht, falls

- die Stadt diese zu vertreten hat oder
- ein Dritter diese zu vertreten hat und diesbezüglich mit der Stadt eine Vereinbarung zur Kostenübernahme besteht.

Sollte die Stadt Kenntnis darüber haben, dass ein Anschlusskanal von Dritten beschädigt oder beeinträchtigt worden sein könnte, wird sie den Anschlussnehmer darüber informieren. Die Stadt wird den Anschlussnehmer bei der Geltendmachung und Durchsetzung möglicher Schadensersatzansprüche unterstützen.

**§ 14**  
**Genehmigungsverfahren**

**§ 15**  
**Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten**  
**Abwasserleitungen**

- (1) Für die Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen gilt die Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen (Selbstüberwachung Abwasser – SÜwVO Abw NRW). Private Abwasserleitungen sind gem. den §§ 60, 61 WHG, § 56 LWG NRW, § 8 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW so zu errichten und zu betreiben, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden. Hierzu gehört auch die ordnungsgemäße Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW gegenüber der Stadt.
- (4) Für welche Grundstücke und zu welchem Zeitpunkt eine Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen durchzuführen ist, ergibt sich aus den §§ 7 bis 9 SÜwVO Abw NRW. Nach § 8 Abs. 2 SÜwVO Abw NRW hat der Eigentümer des Grundstücks bzw. nach § 8 Abs. 6 SÜwVO Abw NRW der Erbbauberechtigte private Abwasserleitungen, die Schmutzwasser führen, nach ihrer Errichtung oder nach ihrer wesentlichen Änderung unverzüglich von Sachkundigen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik auf deren Zustand und Funktionstüchtigkeit prüfen zu lassen. Die Prüfpflicht und

**§ 14**  
**Genehmigungsverfahren**

*Neuer Einschub:*

(2) Den Abbruch eines mit einem Anschluss versehenen Gebäudes hat der Anschlussnehmer eine Woche vor der Außerbetriebnahme des Anschlusses der Stadt mitzuteilen. Die fachgerechte Beseitigung und der fachgerechte Verschluss des Anschlusses sind der Stadt durch den Anschlussnehmer schriftlich nachzuweisen.

*Die bisherigen Absätze 2 - 4 verschieben sich entsprechend*

**§ 15**  
**Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten**  
**Abwasserleitungen**

- (1) Für die Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen gilt die Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen (Selbstüberwachungsverordnung Abwasser - SÜwVO Abw NRW). **Private Abwasserleitungen sind gemäß den §§ 60, 61 WHG, § 56 Abs. 1 LWG NRW so zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben**, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden. Hierzu gehört auch die ordnungsgemäße Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW gegenüber der Stadt.
- (4) Für welche Grundstücke und zu welchem Zeitpunkt eine Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen durchzuführen ist, ergibt sich aus den §§ 7 bis 9 SÜwVO Abw NRW. Nach **§ 8 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW** hat **der Eigentümer** des Grundstücks bzw. nach **§ 8 Abs. 7 SÜwVO Abw NRW** **die oder der** Erbbauberechtigte private Abwasserleitungen, die Schmutzwasser führen, nach ihrer Errichtung oder nach ihrer wesentlichen Änderung unverzüglich von Sachkundigen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik auf deren Zustand und

Prüffristen für bestehende Abwasserleitungen ergeben sich im Übrigen aus § 8 Abs. 3 und 4 SÜwVO Abw NRW. Legt die Stadt darüber hinaus durch gesonderte Satzung gemäß § 46 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 LWG NRW Prüffristen fest, so werden die betroffenen Grundstückseigentümer bzw. Erbbauberechtigten durch die Stadt hierüber im Rahmen der ihr obliegenden Unterrichts- und Beratungspflicht (§ 46 Abs. 2 Satz 3 LWG NRW) informiert.

- (6) Nach § 9 Abs. 2 Satz 1 SÜwVO Abw NRW ist das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung in einer Bescheinigung gemäß Anlage 2 der SÜwVo Abw NRW zu dokumentieren.

## **§ 21 Ordnungswidrigkeiten**

**Funktionsfähigkeit** prüfen zu lassen. Die Prüfpflicht und Prüffristen für bestehende Abwasserleitungen ergeben sich im Übrigen aus **§ 8 Abs. 2 bis § 8 Abs. 5 SÜwVO Abw NRW**. Legt die Stadt darüber hinaus durch gesonderte Satzung gemäß § 46 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 LWG NRW Prüffristen fest, so werden die betroffenen Grundstückseigentümer bzw. Erbbauberechtigten durch die Stadt hierüber im Rahmen der ihr obliegenden Unterrichts- und Beratungspflicht (§ 46 Abs. 2 Satz 3 LWG NRW) informiert. **Das gleiche gilt, wenn die Stadt Satzungen nach altem Recht gemäß § 46 Abs. 2 Satz 2 LWG NRW fortführt.**

- (6) Gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 SÜwVO Abw NRW ist das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung in einer Bescheinigung gemäß Anlage 2 der SÜwVO Abw NRW zu dokumentieren. **Dabei sind der Bescheinigung die in § 9 Abs. 2 Satz 2 SÜwVO Abw NRW genannten Anlagen beizufügen. Diese Bescheinigung nebst Anlagen ist der Stadt durch den Grundstückseigentümer oder den Erbbauberechtigten (§ 8 Abs. 1 bzw. Abs. 7 SÜwVO Abw NRW) unverzüglich nach Erhalt vom Sachkundigen vorzulegen, damit eine zeitnahe Hilfestellung durch die Stadt erfolgen kann.**

## **§ 21 Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen

*Einschub neue Nr. 11:*

11. § 15 Abs. 6 Satz 3  
die Bescheinigung über das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung der Stadt nicht vorlegt,

*Die bisherigen Nummern 11 + 12 verschieben sich entsprechend*

(3) Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 und 2 können gemäß § 7 Abs. 2 GO NRW i.V.m. § 17 OWiG mit einer Geldbuße bis zu 1.000 € geahndet werden.

**§ 22  
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am **01.01.2017** in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Siegen über die die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen vom 17.05.2000 (Abwassersatzung) außer Kraft.

(3) Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 und 2 können gemäß § 123 Abs. 4 LWG NRW mit einer Geldbuße bis zu 50.000 € geahndet werden.

**§ 22  
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am **01.01.2022** in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Siegen über die die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen vom 22.12.2016 (Abwassersatzung) außer Kraft.



# **Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Entwässerung der Grundstücke und deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage vom XX.XX.XXXX (Abwassersatzung)**

(Hinweis: Die Bezeichnung der männlichen Form (z.B. der Eigentümer) gilt gleichermaßen für die weibliche Form)

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV. NRW. 2020, S. 916), in der jeweils geltenden Fassung, der §§ 60, 61 des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I 2009, S. 2585 ff), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.06.2021 (BGBl. I 2021, S. 1699 ff.), in der jeweils geltenden Fassung, des § 46 Abs. 2 LWG NRW des Landeswassergesetzes vom 25.06.1995 (GV. NRW. 1995, S. 926), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Landeswasserrechts vom 04.05.2021 (GV NRW 2021, S. 560 ff., ber. GV NRW 2021, S. 718), in der jeweils geltenden Fassung, der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVO Abw – GV. NRW., S. 602 ff. – im Satzungstext bezeichnet als SüwVO Abw NRW), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes zur Änderung des Landeswasserrechts vom 04.05.2021 (GV NRW 2021, S. 560 ff.), in der jeweils geltenden Fassung sowie des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 19.02.1997 (BGBl. I 1997, S. 602), zuletzt geändert durch Art. 9 a des Gesetzes vom 30.03.2021 (BGBl. I 2021, S. 448), in der jeweils geltenden Fassung, hat der Rat der Universitätsstadt Siegen am XX.XX.XXXX folgende Satzung beschlossen:

## **I.**

### **§ 1 Allgemeines**

- (1) Die Abwasserbeseitigungspflicht der Universitätsstadt Siegen (nachfolgend Stadt genannt) umfasst unter anderem das Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln des im Gemeindegebiet anfallenden Abwassers sowie das Entwässern und Entsorgen des Klärschlammes. Zur Abwasserbeseitigungspflicht gehören nach § 46 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 bis Nr. 6 LWG NRW insbesondere
  1. die Planung der abwassertechnischen Erschließung von Grundstücken, deren Bebaubarkeit nach Maßgabe des Baugesetzbuches durch einen Bebauungsplan, einen Vorhaben- und Erschließungsplan oder eine Klarstellungs-, Entwicklungs-, und Ergänzungssatzung begründet worden ist,
  2. das Sammeln und das Fortleiten des auf den Grundstücken des Gemeindegebietes anfallenden Abwassers sowie die Aufstellung und Fortschreibung eines Bestands- und Betriebsplanes nach § 57 Abs. 1 Satz 4 und 5 LWG NRW,
  3. das Behandeln und die Einleitung des nach Nummer 2 übernommenen Abwassers sowie die Aufbereitung des durch die Abwasserbeseitigung

- anfallenden Klärschlamms für seine ordnungsgemäße Verwertung oder Beseitigung,
4. die Errichtung und der Betrieb sowie die Erweiterung oder die Anpassung der für die Abwasserbeseitigung nach den Nummern 2 und 3 notwendigen Anlagen an die Anforderungen der §§ 54 bis 61 WHG und des § 56 LWG NRW,
  5. das Einsammeln und Abfahren des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlamms und dessen Aufbereitung für eine ordnungsgemäße Verwertung oder Beseitigung (§ 54 Abs. 2 Satz 2 WHG i.V.m. § 46 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 LWG NRW),
  6. die Aufstellung und Vorlage des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach Maßgabe des § 47 LWG NRW.
- (2) Die Stadt stellt zum Zweck der Abwasserbeseitigung in ihrem Gebiet und zum Zweck der Verwertung oder Beseitigung der bei der städtischen Abwasserbeseitigung anfallenden Rückstände die erforderlichen dezentralen und zentralen Anlagen als öffentliche Einrichtung zu Verfügung (öffentliche Abwasseranlagen). Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören auch dezentrale öffentliche Versickerungsanlagen für Niederschlagswasser sowie Auf- bzw. Ableitungsgräben, wie z.B. Straßen- bzw. Wegeseitengräben, die zum Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage gewidmet worden sind. Die öffentlichen, dezentralen und zentralen Abwasseranlagen bilden eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit.
- (3) Art, Lage und Umfang der öffentlichen Abwasseranlage sowie den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung, Erneuerung, Änderung, Sanierung oder Beseitigung bestimmt die Stadt im Rahmen der ihr obliegenden Abwasserbeseitigungspflicht.

## **§ 2 Begriffsbestimmungen**

Im Sinne dieser Satzung bedeuten:

1. **Abwasser:**  
Abwasser ist Schmutzwasser und Niederschlagswasser im Sinne des § 54 Abs. 1 WHG.
2. **Schmutzwasser:**  
Schmutzwasser ist nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WHG das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser. Als Schmutzwasser gelten nach § 54 Abs. 1 Satz 2 WHG auch die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten.
3. **Niederschlagswasser:**  
Niederschlagswasser ist nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 WHG das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen gesammelt abfließende Wasser.

4. Mischsystem:  
Im Mischsystem werden Schmutz- und Niederschlagswasser gemeinsam gesammelt und fortgeleitet.
5. Trennsystem:  
Im Trennsystem werden Schmutz- und Niederschlagswasser getrennt gesammelt und fortgeleitet.
6. Öffentliche Abwasseranlage:  
a) Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören alle von der Stadt selbst oder in ihrem Auftrag betriebenen Anlagen, die dem Sammeln, Fortleiten, Behandeln und Einleiten von Abwasser sowie der Verwertung oder Beseitigung der bei der städt. Abwasserbeseitigung anfallenden Rückstände dienen.  
b) Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören nicht die Grundstücksanschlussleitungen und Hausanschlussleitungen.  
c) In den Gebieten, in denen die Abwasserbeseitigung durch ein Druckentwässerungsnetz erfolgt und sich Teile eines solchen Netzes auf den Privatgrundstücken befinden, gehören die Hausanschlussleitungen einschließlich der Druckstationen nicht zur öffentlichen Abwasseranlage.  
d) Nicht zur öffentlichen Abwasseranlage im Sinne dieser Satzung gehören Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben.
7. Anschlusskanal:  
Unter Anschlusskanal im Sinne dieser Satzung werden Grundstücksanschlussleitungen und Hausanschlussleitungen verstanden.  
a) Grundstücksanschlussleitungen sind die Leitungen von dem öffentlichen Kanal bis zu Grenze des jeweils anzuschließenden Grundstücks. Diese Grundstücksanschlussleitung ist nicht Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage. Übergabepunkt an die öffentliche Abwasseranlage ist i.d.R. die erste Muffe des Abzweigs bzw. des Stützens am öffentlichen Kanal.  
b) Hausanschlussleitungen sind Leitungen von der privaten Grundstücksgrenze bis zum Gebäude auf dem Grundstück, in dem Abwasser anfällt. Zu den Hausanschlussleitungen gehören auch die Leitungen unter der Bodenplatte des Gebäudes auf dem Grundstück, in dem Abwasser anfällt, sowie Schächte und Inspektionsöffnungen. Bei Druckentwässerungsnetzen ist die Druckstation (incl. Druckpumpe) auf dem privaten Grundstück Bestandteil der Hausanschlussleitung.
8. Grundstücksentwässerungsanlagen:  
Grundstücksentwässerungsanlagen sind die Einrichtungen innerhalb und an zu entwässernden Gebäuden, die der Sammlung, Vorbehandlung, Prüfung, Rückhaltung und Ableitung des Abwassers auf dem Grundstück dienen (z.B. Abwasserrohre im Gebäude oder auf dem Privatgrundstück, Dachrinnen, Hebeanlagen, Kleinklärgruben, abflusslose Gruben). Sie gehören nicht zur öffentlichen Abwasseranlage.
9. Druckentwässerungsnetze:  
Druckentwässerungsnetze sind zusammenhängende Leitungsnetze, in denen der Transport von Abwasser einer Mehrzahl von Grundstücken durch von

Pumpen erzeugten Druck erfolgt. Die Druckpumpen und Pumpenschächte sind regelmäßig technisch notwendige Bestandteile des jeweiligen Gesamtnetzes, sie sind jedoch Bestandteil der Grundstücksanschlussleitung, die nicht zur öffentlichen Abwasseranlage gehört.

10. Abscheider:  
Abscheider sind Fettabscheider, Leicht- oder Schwerflüssigkeitsabscheider, Stärkeabscheider, Amalganabscheider und ähnliche Vorrichtungen, die das Eindringen schädlicher Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage durch Abscheiden aus dem Abwasser verhindern.
11. Anschlussnehmer:  
Anschlussnehmer ist der Eigentümer eines Grundstücks, das an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist. § 20 Absatz 1 dieser Satzung (d.S.) gilt entsprechend.
12. Indirekteinleiter:  
Indirekteinleiter ist derjenige Anschlussnehmer, der Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einleitet oder sonst hineingelangen lässt (vgl. § 58 WHG).
13. Grundstück:  
Grundstück ist unabhängig von der Eintragung im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet. Befinden sich auf dem Grundstück mehrere baulichen Anlagen, so kann die Stadt für jede dieser Anlagen die Anwendung der für Grundstücke maßgebenden Vorschriften dieser Satzung verlangen.

### **§ 3 Anschlussrecht**

Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt liegenden Grundstücks ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung berechtigt, von der Stadt den Anschluss seines Grundstücks an die bestehende öffentliche Abwasseranlage zu verlangen (Anschlussrecht).

### **§ 4 Begrenzung des Anschlussrechtes**

- (1) Das Anschlussrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die an eine betriebsfertige und aufnahmefähige öffentliche Abwasseranlage angeschlossen werden können. Dazu muss die öffentliche Abwasserleitung in unmittelbarer Nähe des Grundstücks (höchstens 15 m) oder auf dem Grundstück verlaufen. Eine öffentliche Abwasserleitung verläuft auch dann in unmittelbarer Nähe des Grundstücks, wenn über einen öffentlichen oder privaten Weg ein unmittelbarer Zugang zu einer Straße besteht, in welcher ein öffentlicher Kanal verlegt ist. Die Stadt kann den Anschluss auch in anderen Fällen zulassen, wenn hierdurch das öffentliche Wohl nicht beeinträchtigt wird.

- (2) Die Stadt kann den Anschluss versagen, wenn die zuständige Behörde unter den Voraussetzungen des § 49 Abs. 5 Satz 1 LWG NRW die Abwasserbeseitigungspflicht auf Antrag der Stadt auf den privaten Grundstückseigentümer übertragen hat. Dieses gilt nicht, wenn sich der Grundstückseigentümer bereit erklärt, die mit dem Anschluss verbundenen Mehraufwendungen zu tragen.
- (3) Der Anschluss ist ausgeschlossen, soweit die Stadt von der Abwasserbeseitigungspflicht befreit ist und die Abwasserbeseitigungspflicht gem. § 49 Abs. 6 LWG NRW auf einen Dritten übertragen worden ist.

## **§ 5**

### **Anschlussrecht für Niederschlagswasser**

- (1) Das Anschlussrecht erstreckt sich grundsätzlich auch auf das Niederschlagswasser.
- (2) Dieses gilt jedoch nicht für Niederschlagswasser von Grundstücken, soweit die Pflicht zur Beseitigung des Niederschlagswassers gemäß § 49 Abs. 4 LWG NRW dem Eigentümer des Grundstücks obliegt oder anderweitig (z.B. § 49 Abs. 3 LWG NRW) einem Dritten zugewiesen ist.

## **§ 6**

### **Benutzungsrecht**

Nach der betriebsfertigen Herstellung der Grundstücksanschlussleitung hat der Anschlussnehmer vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung und unter Beachtung der technischen Bestimmungen für den Bau und den Betrieb der Grundstücksentwässerungsanlagen das Recht, das auf seinem Grundstück anfallende Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungsrecht).

## **§ 7**

### **Begrenzung des Benutzungsrechts**

- (1) In die öffentliche Abwasseranlage dürfen solche Stoffe und Abwässer nicht eingeleitet werden, die aufgrund ihrer Inhaltsstoffe
  - a) die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährden oder
  - b) das in der öffentlichen Abwasseranlage beschäftigte Personal gefährden oder gesundheitlich beeinträchtigen oder
  - c) die Abwasseranlage in ihrem Bestand angreifen oder ihre Funktionsfähigkeit oder Unterhaltung gefährdet, erschweren oder behindern oder
  - d) den Betrieb der Abwasserbehandlung erheblich erschweren oder verteuern oder
  - e) die Klärschlammbehandlung, -beseitigung oder -verwertung beeinträchtigen oder verteuern oder
  - f) die Abwasserreinigungsprozesse in der Abwasserbehandlungsanlage so erheblich stören, dass dadurch die Anforderungen der wasserrechtlichen Einleitungserlaubnis nicht eingehalten werden können.

(2) In die öffentliche Abwasseranlage dürfen insbesondere nicht eingeleitet werden:

1. feste Stoffe, auch in zerkleinertem Zustand, die zu Ablagerungen oder Verstopfungen in der Kanalisation führen können;
2. Schlämme aus Neutralisations-, Entgiftungs- oder sonstigen privaten Behandlungsanlagen;
3. Abwässer und Schlämme aus Anlagen zur örtlichen Abwasserbeseitigung, insbesondere aus Kleinkläranlagen, abflusslosen Gruben, Sickerschächten, Schlammfängen und gewerblichen Sammelbehältern, soweit sie nicht in eine für diesen Zweck vorgesehene städtische Einleitungsstelle eingeleitet werden;
4. flüssige Stoffe, die im Kanalnetz erhitzen können, sowie Stoffe, die nach Übersättigung im Abwasser in der Kanalisation ausgeschieden werden und zu Abflussbehinderungen führen können, insbesondere Öle und Fette aus Gastronomiebetrieben;
5. nicht neutralisierte Kondensate aus erd- und flüssiggasbetriebenen Brennwertanlagen mit einer Nennwärmeleistung von mehr als 50 KW sowie nicht neutralisierte Kondensate aus sonstigen Brennwertanlagen;
6. radioaktives Abwasser;
7. Inhalte von Chemietoiletten, außer auf entsprechenden Anlagen von Wohnmobilstellplätzen und auf der Kläranlage Siegen;
8. nicht desinfiziertes Abwasser aus Infektionsabteilungen von Krankenhäusern und medizinischen Instituten;
9. flüssige Stoffe aus landwirtschaftlicher Tierhaltung wie Gülle und Jauche;
10. Silagewasser;
11. Grund-, Drainage- und Kühlwasser und sonstiges Wasser, wie z.B. wild abfließendes Wasser (§ 37 WHG);
12. **Kühlwasser**, soweit dieses nicht im Einzelfall auf Antrag durch die Stadt schriftlich zugelassen worden ist;
13. Blut aus Schlachtungen u. Schlachtabfälle;
14. gasförmige Stoffe und Abwasser, das Gase in schädlichen Konzentrationen freisetzen kann;
15. feuergefährliche und explosionsfähige Stoffe sowie Abwasser, aus dem explosionsfähige Gas-Luft-Gemische entstehen können;
16. Emulsionen von Mineralölprodukten;
17. Medikamente und pharmazeutische Produkte;
18. Speisereste u. Nahrungsabfälle;
19. **Abwasser aus Bohrungen zur Gewinnung von Erdwärme**, soweit dieses nicht im Einzelfall auf Antrag durch die Stadt schriftlich zugelassen worden ist;
20. **flüssige Stoffe, die kein Abwasser sind (§ 55 Abs. 3 WHG)**, soweit dieses nicht im Einzelfall auf Antrag durch die Stadt schriftlich zugelassen worden ist;
21. Einweg-Waschlappen, Einwegwischtücher und sonstige Feuchttücher, die sich nicht zersetzen und deshalb in der öffentlichen Abwasseranlage zu Betriebsstörungen z.B. an Pumpwerken führen können.

(3) Abwasser darf nur eingeleitet werden, wenn folgende Grenzwerte an der Übergabestelle zur öffentlichen Abwasseranlage nicht überschritten sind:

### **s. Anlage 1**

Eine Verdünnung oder Vermischung des Abwassers mit dem Ziel, diese Grenzwerte einzuhalten, darf nicht erfolgen.

- (4) Die Stadt kann im Einzelfall Schadstofffrachten, Volumenstrom und/oder Konzentration festlegen. Sie kann das Benutzungsrecht davon abhängig machen, dass auf dem Grundstück eine Vorbehandlung oder eine Rückhaltung und dosierte Einleitung des Abwassers erfolgt.
- (5) Eine Einleitung von Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage auf anderen Wegen als über die Anschlussleitung eines Grundstücks darf nur mit Einwilligung der Stadt erfolgen.  
Niederschlagswasser, das auf befestigten Hauseingangs- und Garagenvorflächen nicht gewerblicher oder industriell genutzter Grundstücke bis zu einer Größe von 25 qm anfällt, kann ohne Einwilligung der Stadt oberirdisch auf die öffentliche Straße abgeleitet werden, wenn eine Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung nicht zu besorgen ist.
- (6) Die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage ist ausgeschlossen, soweit die Stadt von der Abwasserbeseitigungspflicht befreit ist.
- (7) Die Stadt kann auf Antrag befristete, jederzeit widerrufliche Befreiungen von den Anforderungen der Absätze 2 bis 6 erteilen, wenn sich andernfalls eine nicht beabsichtigte Härte für den Verpflichteten ergäbe und Gründe des öffentlichen Wohls der Befreiung nicht entgegenstehen. Insbesondere kann die Stadt auf Antrag zulassen, dass Grund-, Drainage- und Kühlwasser und sonstiges Wasser, wie z.B. wild abfließendes Wasser der Abwasseranlage zugeführt wird. Der Indirekteinleiter hat seinem Antrag die von der Stadt verlangten Nachweise beizufügen. Der Gebührensatz für Schmutzwasser pro m<sup>3</sup> Frischwasser lt. Gebührensatzung gilt für die gemessene oder geschätzte Einleitungsmenge entsprechend. Die Möglichkeit der Ahndung durch ein Bußgeld bei fehlender Erlaubnis bleibt unberührt.
- (8) Ein Anspruch auf Einleitung von Stoffen, die kein Abwasser sind, in die öffentliche Abwasseranlage besteht nicht. Dieses gilt auch für den Fall, dass die zuständige Behörde im Fall des § 55 Abs. 3 WHG die Einleitung gemäß § 58 Abs. 1 LWG NRW genehmigt oder nach einer erfolgten Anzeige gemäß § 58 Abs. 1 LWG NRW kein Genehmigungsverfahren einleitet.
- (9) Die Stadt kann die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um
  1. das Einleiten oder Einbringen von Abwasser oder Stoffen zu verhindern, das unter Verletzung der Absätze 1 und 2 erfolgt;
  2. das Einleiten von Abwasser zu verhindern, das die Grenzwerte nach Absatz 3 nicht einhält.

## **§ 8**

### **Abscheide- und sonstige Vorbehandlungsanlagen**

- (1) Abwasser mit Leichtflüssigkeiten wie Benzin, Benzol, Diesel-, Heiz- oder Schmieröl sowie fetthaltiges Abwasser ist vor der Einleitung in die öffentliche

Abwasseranlage in entsprechende Abscheider einzuleiten und dort zu behandeln. Für fetthaltiges häusliches Abwasser gilt dies jedoch nur, wenn die Stadt im Einzelfall verlangt, dass auch dieses Abwasser in entsprechende Abscheider einzuleiten und dort zu behandeln ist.

- (2) Für die Einleitung von Niederschlagswasser kann von der Stadt eine Vorbehandlung (Vorreinigung) auf dem Grundstück des Anschlussnehmers in einer von ihm zu errichtenden und zu betreibenden Abscheide- oder sonstigen Vorbehandlungsanlage angeordnet werden, wenn der Verschmutzungsgrad des Niederschlagswassers für die Gemeinde eine Pflicht zur Vorbehandlung nach dem sog. Trenn-Erlass vom 26.05.2004 (MinBl. NRW 2004, S. 583 ff.) auslöst. Die vorstehende Vorbehandlungspflicht gilt insbesondere für Straßenbau- lastträger, die das Straßenoberflächenwasser in die öffentliche Abwasseranlage einleiten.
- (3) Stoffe aus Verarbeitungsbetrieben tierischer Nebenprodukte und von Schlachtabwässern aus Schlachthöfen nach den Artikeln 8, 9 und 10 (Material der Kategorien 1, 2 und 3) der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 müssen durch den Anschlussnehmer durch ein Feststoffrückhaltesystem mit einer maximalen Maschenweite von 2 mm geführt werden.
- (4) Die Abscheider- und sonstigen Vorbehandlungsanlagen und deren Betrieb müssen den einschlägigen technischen und rechtlichen Anforderungen entsprechen. Die Stadt kann darüber hinausgehende Anforderungen an den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung der Abscheider und Vorbehandlungsanlagen stellen, sofern dies im Einzelfall zum Schutz der öffentlichen Abwasseranlage erforderlich ist. Im Einzelfall ist eine Ausnahmegenehmigung für die Einleitung von fetthaltigem Abwasser ohne Abscheider bei der Stadt zu beantragen. Die Stadt ist berechtigt, den Inhalt des Abscheiders (Abscheidegut) zu entsorgen, wenn die Voraussetzungen für die Entleerung vorliegen und der Grundstückseigentümer diese Entleerung unterlässt.
- (5) Das Abscheidegut oder die Stoffe, die bei der Vorbehandlung anfallen, sind in Übereinstimmung mit den abfallrechtlichen Vorschriften zu entsorgen und dürfen der öffentlichen Abwasseranlage nicht zugeführt werden.

## **§ 9**

### **Anschluss- und Benutzungszwang**

- (1) Jeder Anschlussberechtigte ist vorbehaltlich der Einschränkung dieser Satzung verpflichtet, sein Grundstück in Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen, sobald Abwasser auf dem Grundstück anfällt (Anschlusszwang).
- (2) Der Anschlussnehmer ist vorbehaltlich der Einschränkung in dieser Satzung verpflichtet, das gesamte auf seinem Grundstück anfallende Abwasser (Schmutz- und Niederschlagswasser) in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungszwang), um seine Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW zu erfüllen.



- (3) Ein Anschluss- und Benutzungszwang besteht nicht, wenn die in § 49 Abs. 1 Satz 1 LWG NRW genannten Voraussetzungen für in landwirtschaftlichen Betrieben anfallendes Abwasser vorliegen. Das Vorliegen dieser Voraussetzungen ist der Stadt nachzuweisen.
- (4) Unabhängig vom Vorliegen der in Absatz 3 erwähnten Voraussetzungen ist das häusliche Abwasser aus landwirtschaftlichen Betrieben an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen und dieser zuzuführen.
- (5) Der Anschluss- und Benutzungszwang besteht in Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW auch für das Niederschlagswasser. Dieses gilt nicht in den Fällen des § 5 Absatz 2 d.S..
- (6) In den im Trennsystem entwässerten Bereichen sind das Schmutz- und das Niederschlagswasser den jeweils dafür bestimmten Anlagen zuzuführen.
- (7) Bei Neu- und Umbauten muss das Grundstück vor der Benutzung der baulichen Anlage an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen sein. Ein Genehmigungsverfahren nach § 14 d.S. ist durchzuführen.
- (8) Entsteht das Anschlussrecht erst nach Errichtung einer baulichen Anlage, so ist das Grundstück innerhalb von drei Monaten anzuschließen, nachdem durch öffentliche Bekanntmachung oder Mitteilung an den Anschlussberechtigten angezeigt wurde, dass das Grundstück angeschlossen werden kann.

## **§ 10**

### **Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang für Schmutzwasser**

- (1) Der Grundstückseigentümer kann auf Antrag vom Anschluss- und Benutzungszwang für Schmutzwasser ganz oder teilweise befreit werden, wenn ihm die Abwasserbeseitigungspflicht durch die zuständige Behörde ganz oder teilweise übertragen worden ist.
- (2) Die anderweitige Beseitigung oder Verwertung des Schmutzwassers um Schmutzwasser zu sparen, begründet keinen Anspruch auf Befreiung.

## **§ 11**

### **Nutzung des Niederschlagswassers und eigengefördertes Wasser**

Beabsichtigt der Grundstückseigentümer die Nutzung des auf seinem Grundstück anfallenden Niederschlagswassers, so hat er dies der Stadt anzuzeigen. Die Stadt stellt ihn in diesem Fall unter den Voraussetzungen des 49 Abs. 4 Satz 3 LWG NRW von der Überlassung des verwendeten Niederschlagswassers frei, wenn die ordnungsgemäße Verwendung des Niederschlagswasser auf dem Grundstück sichergestellt ist und ein Überlauf an den öffentlichen Kanal besteht, so dass eine Überschwemmung von Nachbargrundstücken durch Niederschlagswasser ausgeschlossen werden kann. Die Nutzung des auf seinem Grundstück entnommenen Grundwassers oder sonstiger zugeführter Wassermengen als Brauchwasser ist ebenfalls anzeigepflichtig.

## **§ 12**

### **Besondere Bestimmungen für Druckentwässerungsnetze**

- (1) Führt die Stadt aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen die Entwässerung mittels eines Druckentwässerungsnetzes durch, hat der Grundstückseigentümer auf seine Kosten auf seinem Grundstück einen Pumpenschacht mit einer für die Entwässerung ausreichend bemessenen Druckpumpe sowie die dazugehörige Druckleitung bis zur Grundstücksgrenze herzustellen, zu betreiben, zu unterhalten, instand zu halten und gegebenenfalls zu ändern und zu erneuern. Die Entscheidung über Art, Ausführung, Bemessung und Lage des Pumpenschachtes, der Druckpumpe und der dazugehörigen Druckleitung trifft die Stadt.
- (2) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, mit einem geeigneten Fachunternehmer einen Wartungsvertrag abzuschließen, der eine Wartung der Druckpumpe entsprechend den Angaben des Herstellers sicherstellt. Der Wartungsvertrag ist der Stadt bis zur Abnahme der Druckleitung, des Pumpenschachtes und der Druckpumpe vorzulegen. Für bereits bestehende Druckpumpen ist der Wartungsvertrag innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten dieser Bestimmung vorzulegen.
- (3) Die Stadt kann den Nachweis der durchgeführten Wartungsarbeiten verlangen.
- (4) Der Pumpenschacht muss jederzeit frei zugänglich und zu öffnen sein. Eine Überbauung oder Bepflanzung des Pumpenschachtes ist unzulässig.

## **§ 13**

### **Ausführung von Anschlussleitungen**

- (1) Jedes anzuschließende Grundstück ist unterirdisch mit einer eigenen Anschlussleitung und ohne technischen Zusammenhang mit den Nachbargrundstücken an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen. In Gebieten mit Mischsystem ist für jedes Grundstück eine Anschlussleitung, in Gebieten mit Trennsystem je eine Anschlussleitung für Schmutz- und für Niederschlagswasser herzustellen. Im Trennsystem sind für Schmutz- und Niederschlagswasser jeweils zwei getrennte Einsteigeschächte oder Inspektionsöffnungen vorzusehen. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 13 Abs. 4 d.S. Auf Antrag können mehrere Anschlussleitungen verlegt werden. Die Stadt kann den Nachweis über den ordnungsgemäßen Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach § 14 d.S. verlangen.
- (2) Wird ein Grundstück nach seinem Anschluss in mehrere selbständige Grundstücke geteilt, so gilt Absatz 1 für jedes der neu entstehenden Grundstücke.
- (3) Der Grundstückseigentümer hat sich gegen Rückstau von Abwasser aus dem öffentlichen Kanal zu schützen. Hierzu hat er in Ablaufstellen unterhalb der Rückstaeube (in der Regel die Straßenoberkante) funktionstüchtige sowie

geeignete Rückstausicherungen gemäß den allgemein anerkannten Regeln der Technik einzubauen. Diese Pflicht zum Einbau einer Rückstausicherung gilt für alle Grundstücke, d. h. auch für solche Grundstücke, bei denen in der Vergangenheit noch keine Rückstausicherung eingebaut worden ist oder satzungsrechtlich hätte bereits eingebaut werden müssen. Die Rückstausicherung muss jederzeit zugänglich sein und so errichtet und betrieben werden, dass eine Selbstüberwachung des Zustandes und der Funktion der Anschlussleitung möglich ist.

- (4) Bei der Neuerrichtung einer Anschlussleitung auf einem privaten Grundstück hat der Grundstückseigentümer in der Nähe der Grundstücksgrenze einen geeigneten Einsteigschacht mit Zugang für Personal oder eine geeignete Inspektionsöffnung auf seinem Grundstück außerhalb des Gebäudes nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik (§ 60 WHG, § 56 Abs. 1 LWG NRW) einzubauen. Bei bestehenden Anschlussleitungen ist der Grundstückseigentümer zum nachträglichen Einbau eines geeigneten Einsteigschachtes oder einer geeigneten Inspektionsöffnung verpflichtet, wenn er die Anschlussleitung erneuert oder verändert. In Ausnahmefällen kann auf Antrag des Grundstückseigentümers von der Errichtung eines Einsteigschachtes abgesehen werden, wenn eine ausreichende Kontroll- und Reinigungsöffnung für den Anschlusskanal eingebaut wird. Der Einsteigschacht bzw. die Kontroll- und Reinigungsöffnung muss jederzeit frei zugänglich und zu öffnen sein. Eine Überbauung oder Bepflanzung ist unzulässig.
- (5) Die Anzahl, Führung, lichte Weite und die technische Ausführung des Anschlusskanals bis zum Einsteigschacht bzw. zur Inspektionsöffnung sowie die Lage, Ausführung und lichte Weite des Einsteigschachtes oder der Inspektionsöffnung bestimmt die Stadt.
- (6) Die Herstellung, Erneuerung, Veränderung, Beseitigung sowie die laufende Unterhaltung der Grundstücksentwässerungsanlage sowie der Hausanschlussleitung auf dem anzuschließenden Grundstück führt der Grundstückseigentümer auf seine Kosten durch. Die Hausanschlussleitung ist in Abstimmung mit der Stadt zu erstellen.
- (7) Die Herstellung und Veränderung von Anschlusskanälen, aber auch deren ganze oder teilweise Erneuerung wegen eines ordnungswidrigen Zustandes oder eines unzureichenden Querschnittes, führt die Stadt im Bereich der öffentlichen Verkehrsfläche auf Kosten des Anschlussnehmers aus. Die Kosten werden nach der Satzung der Stadt über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren und Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren (Gebührensatzung) erhoben. Sollten Anschlusskanäle in Verbindung mit einer Baumaßnahme der Stadt hergestellt, verändert oder erneuert werden, teilt die Stadt dies grundsätzlich dem Anschlussberechtigten oder Anschlussnehmer vor Beginn der Baumaßnahme schriftlich mit.

Eine Heranziehung zum Kostenersatz für Erneuerungs-, Veränderungs- oder Unterhaltungsmaßnahmen erfolgt nicht, falls

- die Stadt diese zu vertreten hat oder

- ein Dritter diese zu vertreten hat und diesbezüglich mit der Stadt eine Vereinbarung zur Kostenübernahme besteht.

Sollte die Stadt Kenntnis darüber haben, dass ein Anschlusskanal von Dritten beschädigt oder beeinträchtigt worden sein könnte, wird sie den Anschlussnehmer darüber informieren. Die Stadt wird den Anschlussnehmer bei der Geltendmachung und Durchsetzung möglicher Schadensersatzansprüche unterstützen.

- (8) Besteht für die Ableitung des Abwassers kein natürliches Gefälle zur öffentlichen Abwasseranlage, so kann die Stadt von dem Grundstückseigentümer zur ordnungsgemäßen Entwässerung des Grundstücks den Einbau und den Betrieb einer Hebeanlage verlangen. Die Kosten trägt der Grundstückseigentümer. Die Hebeanlage muss so errichtet und betrieben werden, dass eine Selbstüberwachung des Zustandes und der Funktionstüchtigkeit der Anschlussleitung möglich ist.
- (9) Auf Antrag kann die Stadt zulassen, dass zwei oder mehrere Grundstücke durch eine gemeinsame Anschlussleitung entwässert werden. Der Antrag wird insbesondere unter Berücksichtigung der Regelung in § 46 Abs. 1 Satz 3 LWG NRW dann abgelehnt, wenn die Leitungs-, Benutzungs- und Unterhaltungsrechte nicht durch eine im Grundbuch eingetragene entsprechende Grunddienstbarkeit (§ 1018 BGB) abgesichert worden sind. Der Nachweis der Absicherung durch eine Grunddienstbarkeit ist zu führen (Grundbuchauszug, vertragliche Regelung).  
Wird ein Grundstück nach seinem Anschluss in mehrere selbständige Grundstücke geteilt, so gelten die Regelungen dieser Satzung für jedes neue Grundstück entsprechend.  
Die Stadt entscheidet darüber, ob ein Grundstück zwei oder mehrere Anschlüsse erhält.
- (10) Werden an Straßen, in denen noch keine öffentliche Abwasseranlage vorhanden ist, Neubauten errichtet oder Nutzungen vorgenommen, die einen Abwasseranfall nach sich ziehen, hat der Grundstückseigentümer auf seinem Grundstück Anlagen für einen späteren Anschluss in Abstimmung mit der Stadt auf seine Kosten vorzubereiten.

## **§ 14 Genehmigungsverfahren**

- (1) Die Genehmigung ist erforderlich
  - a) für die Herstellung, Veränderung und Erneuerung von Anschlusskanälen an die öffentliche Abwasseranlage,
  - b) für die Einleitung von Abwässern in die öffentliche Abwasseranlage.

Diese ist schriftlich bei der Stadt zu beantragen.

- (2) Den Abbruch eines mit einem Anschluss versehenen Gebäudes hat der Anschlussnehmer eine Woche vor der Außerbetriebnahme des Anschlusses der Stadt mitzuteilen. Die fachgerechte Beseitigung und der fachgerechte Verschluss

des Anschlusses sind der Stadt durch den Anschlussnehmer schriftlich nachzuweisen.

- (3) Bei der geplanten Errichtung, Änderung oder Nutzung baulicher Anlagen ist der Antrag nach Abs.1 in Verbindung mit dem Antrag auf Erteilung der Baugenehmigung einzureichen. Dem Antrag sind ein Lageplan, Grundrisse mit Angabe der Grundleitungen und Entwässerungseinrichtungen sowie ein Gebäudeschnitt mit Höhenlage des Erdgeschossfußbodens über NN beizufügen. Im Einzelfall kann die Stadt weitergehende Antragsunterlagen anfordern.
- (4) Die Genehmigung aufgrund eines Antrages nach Abs. 1 wird unbeschadet evtl. notwendiger Erlaubnisse und Genehmigungen nach bundes- und landesrechtlichen Bestimmungen sowie Rechter Dritter erteilt (z.B. Indirekteinleiter-Verordnung).
- (5) Wird es während der Ausführung notwendig, von den genehmigten Antragsunterlagen abzuweichen, so ist dies sofort anzuzeigen und für die Änderung eine Genehmigung zu beantragen.

## **§ 15**

### **Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen**

- (1) Für die Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen gilt die Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen (Selbstüberwachung Abwasser – SüwVO Abw NRW). Private Abwasserleitungen sind gemäß den §§ 60, 61 WHG, § 56 Abs. 1 LWG NRW so zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden. Hierzu gehört auch die ordnungsgemäße Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW gegenüber der Stadt.
- (2) Zustands- und Funktionsprüfungen an privaten Abwasserleitungen dürfen nur durch anerkannte Sachkundige gemäß § 12 SüwVO Abw NRW durchgeführt werden.
- (3) Nach § 7 Satz 1 SüwVo Abw NRW sind im Erdreich oder unzugänglich verlegte private Abwasserleitungen zum Sammeln oder Fortleiten von Schmutzwasser oder mit diesem vermischten Niederschlagswasser einschließlich verzweigter Leitungen unter der Keller-Bodenplatte oder der Bodenplatte des Gebäudes ohne Keller sowie zugehörige Einsteigeschächte oder Inspektionsöffnungen zu prüfen. Ausgenommen von der Prüfpflicht sind nach § 7 Satz 2 SüwVO Abw NRW Abwasserleitungen, die zur alleinigen Ableitung von Niederschlagswasser dienen und Leitungen, die in dichten Schutzrohren so verlegt sind, dass austretendes Abwasser aufgefangen und erkannt wird.
- (4) Für welche Grundstücke und zu welchem Zeitpunkt eine Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen durchzuführen ist, ergibt sich aus den §§ 7 bis 9 SüwVO Abw NRW. Nach § 8 Abs. 1 SüwVO Abw NRW hat der Eigentümer des Grundstücks bzw. nach § 8 Abs. 7 SüwVO Abw NRW die oder der Erbbauberechtigte private Abwasserleitungen, die Schmutzwasser führen, nach ihrer Errichtung oder nach ihrer wesentlichen Änderung

unverzüglich von Sachkundigen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik auf deren Zustand und Funktionsfähigkeit prüfen zu lassen. Die Prüfpflicht und Prüffristen für bestehende Abwasserleitungen ergeben sich im Übrigen aus § 8 Abs. 2 bis § 8 Abs. 5 SÜwVO Abw NRW. Legt die Stadt darüber hinaus durch gesonderte Satzung gemäß § 46 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 LWG NRW Prüffristen fest, so werden die betroffenen Grundstückseigentümer bzw. Erbbauberechtigten durch die Stadt hierüber im Rahmen der ihr obliegenden Unterrichts- und Beratungspflicht (§ 46 Abs. 2 Satz 3 LWG NRW) informiert. Das gleiche gilt, wenn die Stadt Satzungen nach altem Recht gemäß § 46 Abs. 2 Satz 2 LWG NRW fortführt.

- (5) Zustands- und Funktionsprüfungen müssen nach § 9 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik durchgeführt werden. Nach § 8 Abs. 1 Satz 4 SÜwVO Abw NRW gelten die DIN 1986 Teil 30 und die DIN EN 1610 als allgemein anerkannte Regeln der Technik, soweit die SÜwVO Abw NRW keine abweichenden Regelungen trifft.
- (6) Gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 SÜwVO Abw NRW ist das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung in einer Bescheinigung gemäß Anlage 2 der SÜwVO Abw NRW zu dokumentieren. Dabei sind der Bescheinigung die in § 9 Abs. 2 Satz 2 SÜwVO Abw NRW genannten Anlagen beizufügen. Diese Bescheinigung nebst Anlagen ist der Stadt durch den Grundstückseigentümer oder den Erbbauberechtigten (§ 8 Abs. 1 bzw. Abs. 7 SÜwVO Abw NRW) unverzüglich nach Erhalt vom Sachkundigen vorzulegen, damit eine zeitnahe Hilfestellung durch die Stadt erfolgen kann.
- (7) Private Abwasserleitungen, die nach dem 01.01.1996 auf Zustand und Funktionstüchtigkeit geprüft worden sind, bedürfen nach § 11 SÜwVO Abw NRW keiner erneuten Prüfung, sofern Prüfung und Prüfbescheinigung den zum Zeitpunkt der Prüfung geltenden Anforderungen entsprochen haben.
- (8) Die Sanierungsnotwendigkeit und der Sanierungszeitpunkt ergeben sich grundsätzlich aus § 10 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW. Über mögliche Abweichungen von den Sanierungsfristen in § 10 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW kann die Stadt gemäß § 10 Abs. 2 Satz 1 SÜwVO Abw NRW nach pflichtgemäßem Ermessen im Einzelfall entscheiden.

## **§ 16**

### **Indirekteinleiter-Kataster**

- (1) Die Stadt führt ein Kataster über Indirekteinleitungen, deren Beschaffenheit vom häuslichen Abwasser abweicht.
- (2) Bei Indirekteinleitungen im Sinne des Absatz 1 sind der Stadt mit dem Antrag nach § 14 Abs. 1 d.S. die abwassererzeugenden Betriebsvorgänge zu benennen. Bei bestehenden Anschlüssen hat dies innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Satzung zu geschehen. Auf Verlangen hat der Indirekteinleiter der Stadt Auskunft über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall und die Vorbehandlung des Abwassers zu erteilen. Soweit es sich um genehmigungspflichtige Indirekteinleitungen handelt, genügt in der

Regel die Vorlage des Genehmigungsbescheides der zuständigen Wasserbehörde.

## **§ 17**

### **Abwasseruntersuchungen**

- (1) Die Stadt ist jederzeit berechtigt, Abwasseruntersuchungen vorzunehmen oder vornehmen zu lassen. Sie bestimmt die Entnahmestellen sowie Art, Umfang und Turnus der Probenahmen.
- (2) Die Kosten für die Untersuchungen trägt der Anschlussnehmer, falls sich herausstellt, dass ein Verstoß gegen die Benutzungsbestimmungen dieser Satzung vorliegt.

## **§ 18**

### **Auskunfts- und Nachrichtenpflicht; Betretungsrecht**

- (1) Der Grundstückseigentümer ist gem. § 98 Abs. 1 LWG NRW i.V.m. § 101 Abs. 1 WHG verpflichtet, der Stadt auf Verlangen die für den Vollzug dieser Satzung erforderlichen Auskünfte über Bestand und Zustand der privaten Abwasseranlagen und der Hausanschlussleitung zu erteilen.
- (2) Die Anschlussnehmer und die Indirekteinleiter haben die Stadt unverzüglich zu benachrichtigen, wenn
  1. der Betrieb ihrer privaten Abwasseranlagen durch Umstände beeinträchtigt wird, die auf Mängel der öffentlichen Abwasseranlage zurückzuführen sein können (z.B. Verstopfung von Abwasserleitungen),
  2. Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage geraten sind oder zu geraten drohen, die den Anforderungen nach § 7 d.S. nicht entsprechen,
  3. sich Art oder Menge des anfallenden Abwassers erheblich ändert,
  4. sich die der Mitteilung nach § 16 Abs. 2 d.S. zugrunde liegenden Daten erheblich ändern oder
  5. für ein Grundstück die Voraussetzungen des Anschluss- und Benutzungsrechtes entfallen.
- (3) Bedienstete der Stadt und Beauftragte der Stadt mit Berechtigungsausweis sind berechtigt, die angeschlossenen Grundstücke zu betreten, soweit dieses zum Zweck der Erfüllung der gemeindlichen Abwasserbeseitigungspflicht oder zum Vollzug dieser Satzung erforderlich ist. Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten haben das Betreten von Grundstücken und Räumen zu dulden und ungehindert Zutritt zu allen Anlageteilen auf den angeschlossenen Grundstücken zu gewähren. Das Betretungsrecht gilt nach § 98 Abs. 1 Satz 2 LWG NRW auch für Anlagen zur Ableitung von Abwasser, das der Stadt zu überlassen ist. Die Grundrechte der Verpflichteten aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 und 2 GG (Freiheit der Person), Art. 13 GG (Unverletzlichkeit der Wohnung) und Art. 14 GG (Eigentum) sind insbesondere bezogen auf die Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW gemäß § 124 LWG NRW eingeschränkt.

## **§ 19**

### **Haftung**

- (1) Der Anschlussnehmer oder der Indirekteinleiter haben für eine ordnungsgemäße Benutzung der privaten Abwasseranlage nach den Vorschriften dieser Satzung zu sorgen. Sie haften für alle Schäden und Nachteile, die der Stadt infolge eines mangelhaften Zustandes oder einer satzungswidrigen Benutzung der privaten Abwasseranlage oder infolge einer satzungswidrigen Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage entstehen.
- (2) In gleichem Umfang hat der Ersatzpflichtige die Stadt von Ersatzansprüchen Dritter freizuhalten.
- (3) Die Stadt haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt hervorgerufen werden. Sie haftet auch nicht für Schäden, die dadurch entstehen, dass die vorgeschriebenen Rückstausicherungen nicht vorhanden oder nicht ordnungsgemäß funktionieren.
- (4) Mehrere Ersatzpflichtige haften als Gesamtschuldner. Gehen derartige Schäden auf mehrere Grundstücksentwässerungsanlagen zurück, so haften insbesondere auch deren Benutzungspflichtige als Gesamtschuldner.

## **§ 20**

### **Berechtigte und Verpflichtete**

- (1) Die Rechte und Pflichten, die sich aus der Satzung für Grundstückseigentümer ergeben, gelten entsprechend für Erbbauberechtigte und sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte sowie für die Träger der Baulast von Straßen, Wegen oder Plätzen innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile.
- (2) Darüber hinaus gelten die Pflichten, die sich aus dieser Satzung für die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage ergeben, für jeden, der
  1. berechtigt oder verpflichtet ist, das auf den angeschlossenen Grundstücken anfallende Abwasser abzuleiten (also insbesondere auch Pächter, Mieter, Untermieter etc.) oder
  2. der öffentlichen Abwasseranlage tatsächlich Abwasser zuführt.
- (3) Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.

## **§ 21**

### **Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen
  1. § 7 Absatz 1 und 2  
Abwasser oder Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage einleitet oder einbringt, deren Einleitung oder Einbringung ausgeschlossen ist.
  2. § 7 Absatz 3 und 4



- Abwasser über den zugelassenen Volumenstrom hinaus einleitet oder hinsichtlich der Beschaffenheit und der Inhaltsstoffe des Abwassers die Grenzwerte nicht einhält oder das Abwasser zur Einhaltung der Grenzwerte verdünnt oder vermischt.
3. § 7 Absatz 5  
Abwasser ohne Einwilligung der Stadt auf anderen Wegen als über die Anschlussleitung eines Grundstücks in die öffentliche Abwasseranlage einleitet.
  4. § 8  
Abwasser mit Leichtflüssigkeiten wie Benzin, Benzol, Diesel-, Heiz- oder Schmieröl sowie fetthaltiges Abwasser vor der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage nicht in entsprechende Abscheider einleitet oder Abscheider nicht oder nicht ordnungsgemäß einbaut oder betreibt oder Abscheidegut nicht in Übereinstimmung mit den abfallrechtlichen Vorschriften entsorgt oder Abscheidegut der öffentlichen Abwasseranlage zuführt.
  5. § 9 Absatz 2  
das Abwasser nicht in die öffentliche Abwasseranlage einleitet.
  6. § 9 Absatz 6  
in den im Trennsystem entwässerten Bereichen das Schmutz- und das Niederschlagswasser nicht den jeweils dafür bestimmten Anlagen zuführt.
  7. § 11  
auf seinem Grundstück anfallendes Niederschlagswasser als Brauchwasser nutzt, ohne dieses der Stadt angezeigt zu haben.
  8. § 12, Absatz 4, § 13 Absatz 4  
die Pumpenschächte, Reinigungsöffnungen oder Einsteigeschächte nicht frei zugänglich hält.
  9. § 14 Absatz 1  
den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage ohne vorherige Zustimmung der Stadt herstellt oder ändert.
  10. § 14 Absatz 2  
den Abbruch eines mit einem Anschluss versehenen Gebäudes nicht oder nicht rechtzeitig der Stadt mitteilt.
  11. § 15 Abs. 6 Satz 3  
die Bescheinigung über das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung der Stadt nicht vorlegt,
  12. § 16 Absatz 2  
der Stadt die abwassererzeugenden Betriebsvorgänge nicht oder nicht rechtzeitig oder auf ein entsprechendes Verlangen der Stadt hin keine oder nur unzureichende Auskunft über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall und die Vorbehandlung des Abwassers erteilt.
  13. § 18 Absatz 3  
Die Bediensteten der Stadt oder die durch die Stadt Beauftragten mit Berechtigungsausweis daran hindert, zum Zweck der Erfüllung der gemeindlichen Abwasserbeseitigungspflicht oder zum Vollzug dieser Satzung die angeschlossenen Grundstücke zu betreten, oder diesem Personenkreis nicht ungehinderten Zutritt zu allen Anlageteilen auf den angeschlossenen Grundstücken gewährt.

- (2) Ordnungswidrig handelt auch, wer unbefugt Arbeiten an der öffentlichen Abwasseranlage vornimmt, Schachtabdeckungen oder Einlaufroste öffnet, Schieber bedient oder in einen Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage, etwa einen Abwasserkanal, einsteigt.
- (3) Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 und 2 können gemäß § 123 Abs. 4 LWG NRW mit einer Geldbuße bis zu 50.000 € geahndet werden.

## **§ 22 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am **01.01.2022** in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Siegen über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen vom 22.12.2016 (Abwassersatzung) außer Kraft.

## **II.**

### **Bekanntmachungsanordnung**

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit der Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn:

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Siegen, XX.XX.XXXX

Universitätsstadt Siegen  
Der Bürgermeister  
Steffen Mues

# A n l a g e   A

**zu der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen (Abwassersatzung)**

Parameter	Grenzwert
<b>1. Allgemeine Parameter</b>	
a) Temperatur	35° C
b) pH-Wert	wenigstens 6,5; höchstens 10,0
c) Absetzbare Stoffe	≤. 100 ml/l nach 0,5 Stunden Absetzzeit
<b>2. Schwerflüchtige, lipophile Stoffe</b> (u. a. verseifbare Öle, Fette)	250 mg/l
<b>3. Kohlenwasserstoffe</b> ( Mineralische Öle und Fette)	20 mg/l
Bei Anschluss an ein öffentliches Niederschlagswassersystem können hier höhere Anforderungen gestellt werden.	
<b>4. Halogenierte organische Verbindungen</b>	
a) * adsorbierbare organische Halogenverbindungen (AOX)	1 mg/l
b) * leichtflüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe (LHKW) als Summe aus Trichlorethen, Tetrachlorethen, 1, 1,1-Trichlorethan, Dichlormethan, gerechnet als Chlor (Cl)	0,5 mg/l
<b>5. Organische halogenfreie Lösemittel</b>	
Mit Wasser ganz oder teilweise mischbar und biologisch abbaubar, entsprechend spezieller Festlegung.	Max. Löslichkeit jedoch nicht mehr als 5g/l
<b>6. Anorganische Stoffe (gelöst und ungelöst)</b>	
* Antimon (Sb)	0,5 mg/l
* Arsen (As)	0,5 mg/l
* Barium (Ba)	5 mg/l
* Blei (Pb)	1 mg/l
* Cadmium <sup>1)</sup> (Cd)	0,5 mg/l
* Chrom (Cr)	1 mg/l
* Chrom-VI (Cr)	0,2 mg/l

* Cobalt (Co)	2 mg/l
* Kupfer (Cu)	1 mg/l
* Nickel (Ni)	1 mg/l
* Selen (Se)	2 mg/l
* Silber (Ag)	1 mg/l
* Quecksilber (Hg)	0,1 mg/l
* Zinn (Sn)	5 mg/l
* Zink (Zn)	5 mg/l
Aluminium und Eisen (Al) u. (Fe)	keine Begrenzung, soweit keine Schwierigkeiten bei der Abwassereinleitung und -reinigung auftreten (siehe 1 c)
<b>7. Anorganische Stoffe (gelöst)</b>	
a) Stickstoff aus Ammonium und Ammoniak ( $\text{NH}_4\text{-N} + \text{NH}_3\text{-N}$ )	100 mg/l < 5000 EW 200 mg/l > 5000 EW
b) Stickstoff aus Nitrit, falls größere Frachten anfallen ( $\text{NO}_2\text{-N}$ )	10 mg/l
* c) Cyanid, gesamt (CN)	20 mg/l
* d) Cyanid, leicht freisetzbar	1 mg/l
e) Sulfat <sup>2)</sup> ( $\text{SO}_4$ )	600 mg/l
* f) Sulfid	2 mg/l
g) Fluorid (F)	50 mg/l
h) Phosphatverbindungen <sup>3)</sup> (P)	50 mg/l
<b>8. Weitere organische Stoffe</b>	
a) wasserdampfflüchtige halogenfreie Phenole (als $\text{C}_6\text{H}_5\text{OH}$ ) <sup>4)</sup>	100 mg/l
b) Farbstoffe	Nur in einer so niedrigen Konzentration, dass der Vorfluter nach Einleitung des Ablaufs einer mechanisch-biologischen Kläranlage visuell nicht gefärbt erscheint.
<b>9. Spontane Sauerstoffzehrung</b>	
Gemäß Deutschem Einheitsverfahren zur Wasser-, Abwasser- und Schlammuntersuchung "Bestimmung der spontanen Sauerstoffzehrung (G 24)", 17. Lieferung; 1986	100 mg/l
<b>10. CSB-Begrenzung</b>	
CSB-Wert	1000 mg/l (Einleitungen über diesen Wert hinaus bedürfen einer besonderen Erlaubnis nach Maßgabe des § 10)
<b>11. Tenside ges.</b>	150 mg/l

- \* Parameter mit Anforderungen nach dem Stand der Technik in den Anhängen zur Rahmen-AbwasserVwV
- <sup>1)</sup> Bei Cadmium können auch bei Anteilen unter 10 % der Grenzwert der Klärschlammverordnung und/oder der Schwellenwert des Abwasserabgabengesetzes überschritten werden.
- <sup>2)</sup> In Einzelfällen können je nach Baustoff, Verdünnung und örtlichen Verhältnissen höhere Werte zugelassen werden.
- <sup>3)</sup> In Einzelfällen können höhere Werte zugelassen werden, sofern der Betrieb der Abwasseranlagen dies zulässt.
- <sup>4)</sup> Je nach Art der phenolischen Substanz kann dieser Wert erhöht werden; bei toxischen und biologisch nicht oder schwer abbaubaren Phenolen muss er jedoch wesentlich erniedrigt werden.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi)  
Bearbeitet von: Herrn Scheidt

Siegen, 29.10.2021

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Betriebsausschuss**

**19.11.2021**

**Rat**

**24.11.2021**

Kurzbezeichnung:

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren, Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren (Gebührensatzung Neufassung)**

### Beschlussvorschlag:

Der Betriebsausschuss empfiehlt, der Rat beschließt zum 01.01.2022 die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren, Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren (Gebührensatzung) gemäß der der Vorlage anliegenden Fassung.

### Sachverhalt / Begründung:

Der Städte- und Gemeindebundes NRW hat im Jahr 2021 eine neue Mustersatzung veröffentlicht. Die Änderungen sind hauptsächlich auf die aktuelle Rechtsprechung, aber auch auf das überarbeitete Landeswassergesetz NRW zurückzuführen. Die Mustersatzung ist mit dem Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW und mit dem Ministerium für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes NRW sowie mit der KommunalAgentur NRW abgestimmt. Die Gebührensatzung der Universitätsstadt Siegen entspricht überwiegend der Mustersatzung und soll daher an die aktuelle Fassung angepasst werden. Daneben werden die neuen Gebührensätze gemäß der Gebührenkalkulation für das Jahr 2022 berücksichtigt.

Die neue Gebührensatzung enthält folgende wesentliche Änderungen:

- § 4 Abs. 8 „Schmutzwasser“: Der Betrag wird von jährlich 2,10 € auf 2,20 € geändert.

- § 5 Abs. 7 „Niederschlagswasser“: Der Betrag wird von jährlich 0,88 € auf 0,84 € geändert.
- § 4 Abs. 3 „Bemessung der Schmutzwassergebühren“: Hinweis auf Datenverarbeitung. Die aufgenommene Regelung zur Datenübernahme, Datenspeicherung und Datennutzung dient der datenschutzrechtlichen Klarstellung, dass ESi die von der SVB mit einem Wasserzähler abgelesenen Daten nutzt, damit die/der Gebührenpflichtige die Daten nicht zweimal ablesen muss. Ebenso nutzt die SVB von ESi bereitgestellte personen- und grundstücksbezogene Daten zur Erstellung des Schmutzwassergebührenbescheids.
- § 4 Abs. 5 Nr. 2 „Bemessung der Schmutzwassergebühren“: Das Mess- und Eichrecht wurde geändert. Die bisher genannte Bundeseichordnung als Anforderung an Wasserzähler zur Berücksichtigung von Abzugsmengen ist nicht mehr zutreffend. Es gilt nunmehr die Mess- und Eichverordnung.
- § 4 Abs. 5 Nr. 3 „Bemessung der Schmutzwassergebühren“: Die Frist zur Geltendmachung von Abzugsmengen wird von 4 Wochen auf 1 Monat nach Bekanntgabe der Jahresabrechnung geändert. Dies entspricht der Widerspruchsfrist.
- § 5 Abs. 2 „Niederschlagswasser“: Die Anforderungen an ein sog. „Gründach“ werden genauer bestimmt. Als Gründach gilt demnach eine lückenlos bepflanzte Dachfläche mit einer Substratstärke von mindestens 10 cm. Diese Definition beruht auf Angaben des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW, wonach ab einer Substratstärke von mindestens 10 cm ein Niederschlagsrückhalt von 50 % des Jahresniederschlags angenommen wird.
- § 5 Abs. 5 „Niederschlagswasser“: Hinweis auf Datenverarbeitung. Zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht (z. B. Planung und ausreichende Dimensionierung der öffentlichen Kanäle), zur verursachergerechten Abrechnung der Niederschlagswassergebühr und zum Nachweis der rechtmäßigen Erhebung der Niederschlagswassergebühr werden personen- und grundstücksbezogener Daten erhoben, gespeichert und genutzt.

Sämtliche Änderungen sind der beigelegten Synopse (Anlage 1) zu entnehmen. Der zu veröffentlichende Satzungstext ist als Anlage 2 beigelegt.

gez.

Quandel                                      Scheidt  
Betriebsleitung

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Synopse Gebührensatzung](#)
2. [Gebührensatzung 2021](#)

**Satzung über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren  
und Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren vom  
XX.XX.XXXX**

**(Gebührensatzung) - Synopse**

2013 ALT	2021 NEU
<p style="text-align: center;"><b>Satzung über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren und Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren vom 13.12.2013 (Gebührensatzung)</b></p> <p><b>6. Änderungssatzung vom 16.12.2020</b> (Beschluss des Rates vom 15.12.2020)</p> <p>Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S 666), zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 23.10.2012 (GV. NRW. 2012 S. 474), der §§ 1, 2, 4, 6 bis 8 und 10 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. 1969, S 712) zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.12.2011 (GV. NRW. 2011, S. 687) und der §§ 53c, 65 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. 1995, S. 926) zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 16.03.2010 (GV. NRW. 2010, S. 185 ff.) hat der Rat der Stadt Siegen in seiner Sitzung am 11.12.2013 folgende Satzung beschlossen:</p>	<p style="text-align: center;"><b>Satzung über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren und Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren vom XXX (Gebührensatzung)</b></p> <p>Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 25.06.2015 (GV. NRW. 2015, S. 496), <b>zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV. NRW. 2020, S. 916)</b>, in der jeweils geltenden Fassung, der § 1, 2, 4, 6 bis 8, 10 und 12 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV. NRW. 1969, S. 712), <b>zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19.12.2019 (GV. NRW. 2019, S. 1029)</b>, in der jeweils geltenden Fassung, des § 54 des Landeswassergesetzes NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.6.1995 (GV. NRW. 1995, S. 926), <b>zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Landeswasserrechts vom 04.05.2021 (GV NRW 2021, S. 560 ff.; ber. GV. NRW. 2021, S. 718)</b>, in der jeweils geltenden Fassung, des Nordrhein-Westfälischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz vom 08.07.2016 (AbwAG NRW, GV. NRW. 2016, S. 559 ff.), <b>zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Landeswasserrechts vom 04.05.2021 (GV NRW 2021, S. 560 ff.)</b>, in der jeweils geltenden Fassung,</p>



## **§ 2 Kanalbenutzungsgebühren**

- (1) Für die Inanspruchnahme der gemeindlichen Abwasseranlage erhebt die Stadt nach §§ 4 Abs. 2, 6 KAG NW und § 53 c LWG NRW Abwassergebühren (Benutzungsgebühren) zur Deckung der Kosten i.S.d. § 6 Abs. 2 KAG NW sowie der Verbandslasten nach § 7 KAG NW.
- (2) In die Kanalbenutzungsgebühr wird nach § 65 LWG NW eingerechnet:
  - die Abwasserabgabe für eigene Einleitungen der Stadt (§ 65 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 LWG NW),
  - die Abwasserabgabe für Kleineinleiter (§ 65 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. § 54 Abs. 1 Satz 1 LWG NW),
  - die Abwasserabgabe für die Einleitung von Niederschlagswasser (§ 65 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. § 64 Abs. 1 Satz 2 LWG NW),
  - die Abwasserabgabe, die von Abwasserverbänden auf die Gemeinde umgelegt wird (§ 65 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 LWG NW).
- (3) Die Schmutzwasser – und Regenwassergebühr sind grundstücksbezogene Benutzungsgebühren und ruhen als öffentliche Last auf dem Grundstück (§ 6 Abs. 5 KAG NRW).

hat der Rat der Universitätsstadt Siegen in seiner Sitzung am XXX die folgende Satzung beschlossen:

## **§ 2 Kanalbenutzungsgebühren**

- (1) Für die Inanspruchnahme der gemeindlichen Abwasseranlage erhebt die Stadt nach §§ 4 Abs. 2, 6 KAG NRW und § 54 LWG NRW Abwassergebühren (Benutzungsgebühren) zur Deckung der Kosten i.S.d. § 6 Abs. 2 KAG NRW sowie der Verbandslasten nach § 7 KAG NRW.
- (2) In die Kanalbenutzungsgebühr wird nach § 2 Abs. 1 Satz 2 AbwAG NRW eingerechnet:
  - die Abwasserabgabe für eigene Einleitungen der Stadt (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AbwAG NRW),
  - die Abwasserabgabe für Kleineinleiter (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. § 1 Abs. 1 Satz 1 AbwAG NRW)
  - die Abwasserabgabe für die Einleitung von Niederschlagswasser (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. § 1 Abs. 1 Satz 2 AbwAG NRW),
  - die Abwasserabgabe, die von Abwasserverbänden auf die Gemeinde umgelegt wird (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 AbwAG NRW).
- (3) Die Schmutzwassergebühr und die Niederschlagswasser-/Regenwassergebühr sowie die Gebühren nach den §§ 10, 10a und 11 dieser Satzung sind grundstücksbezogene Benutzungsgebühren und ruhen als öffentliche Last auf dem Grundstück (§ 6 Abs. 5 KAG NRW).

#### § 4

##### Bemessung der Schmutzwassergebühren

- (3) Die dem Grundstück zugeführten Wassermengen werden durch Wasserzähler ermittelt. Bei dem aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage bezogenem Wasser gilt die mit dem Wasserzähler gemessene Wassermenge als Verbrauchsmenge. Hat ein Wasserzähler nicht ordnungsgemäß funktioniert, so wird die Wassermenge von der Stadt unter Zugrundelegung des Verbrauchs der Vorjahre geschätzt.
- (4) Bei der Wassermenge aus privaten Wasserversorgungsanlagen (z.B. privaten Brunnen, Regenwassernutzungsanlagen) hat der Gebührenpflichtige

#### § 4

##### Schmutzwassergebühren

- (3) Die dem Grundstück zugeführten Wassermengen werden durch den Wasserzähler des örtlichen Wasserversorgers ermittelt. Bei dem aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage bezogenen Wasser gilt die mit dem Wasserzähler gemessene Wassermenge als Verbrauchsmenge. Hat ein Wasserzähler nicht ordnungsgemäß funktioniert, so wird die Wassermenge von der Stadt unter Zugrundelegung des Verbrauchs des Vorjahres geschätzt. Die Datenübernahme vom örtlichen Wasserversorger (Siegener Versorgungsbetriebe GmbH – SVB) sowie die Datenspeicherung und Datennutzung der Wasserzähler-Daten des Wasserversorgers erfolgt, um dem Gebührenpflichtigen die zweimalige Ablesung seines Wasserzählers zu ersparen. Sie dient der ordnungsgemäßen Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht der Stadt (§ 46 Abs. 1 LWG NRW) und der Abwasserüberlassungspflicht durch den gebührenpflichtigen Benutzer (§ 48 LWG NRW) sowie zur verursachergerechten Abrechnung der Schmutzwassergebühr und zum Nachweis der rechtmäßigen Erhebung der Schmutzwassergebühr. Insoweit hat der Grundstückseigentümer als Gebührenschuldner den damit verbundenen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 Grundgesetz) zu dulden.
- Gleiches gilt für den Gebührenbescheid für Schmutzwasser, mit dessen Erstellung die SVB GmbH als örtlicher Wasserversorger im Namen und im Auftrag der Stadt beauftragt ist. Hierzu stellt die Stadt die notwendigen grundstücks- und personenbezogenen Daten zur Verfügung.
- (4) Bei der Wassermenge aus privaten Wasserversorgungsanlagen (z. B. privaten Brunnen, Regenwassernutzungsanlagen) hat der

den Mengennachweis durch einen auf seine Kosten eingebauten und ordnungsgemäß funktionierenden Wasserzähler zu führen. Den Nachweis über den ordnungsgemäß funktionierenden Wasserzähler obliegt dem Gebührenpflichtigen. Ist dem Gebührenpflichtigen der Einbau eines solchen Wasserzählers nicht zumutbar, so ist die Stadt berechtigt, die aus diesen Anlagen zugeführte Wassermenge zu schätzen (z.B. auf der Grundlage der durch die wasserrechtliche Erlaubnis festgelegten Entnahmemengen oder auf der Grundlage der Pumpleistung sowie Betriebsstunden der Wasserpumpe oder unter Berücksichtigung der statistischen Verbräuche im Stadtgebiet). Eine Schätzung erfolgt auch dann, wenn der Wasserzähler nicht ordnungsgemäß funktioniert.

- (5) Bei der Ermittlung der Schmutzwassermenge werden die auf dem Grundstück nachweisbar verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen (sog. Wasserschwindmengen) abgezogen, die nachweisbar nicht dem öffentlichen Kanal zugeführt werden. Der Nachweis der Wasserschwindmengen obliegt den Gebührenpflichtigen. Der Gebührenpflichtige ist grundsätzlich verpflichtet, den Nachweis durch eine auf seine Kosten eingebaute, ordnungsgemäß funktionierende und geeignete Messeinrichtung zu führen:

(...)

Nr. 2: Wasserzähler

der Gebührenpflichtige den Mengennachweis durch einen auf seine Kosten eingebauten und messrichtig funktionierenden Wasserzähler **nach § 4 Abs. 5 Nr. 2 dieser Satzung zu führen. Gemäß § 4 Absatz 5 Nr. 2 dieser Satzung muss der Wasserzähler in Anlehnung an das Mess- und Eichrecht (MessEG, Mess- und EichVO) alle 6 Jahre erneut geeicht werden oder durch einen neuen Wasserzähler mit einer Konformitätserklärung des Herstellers ersetzt werden. Aus der Konformitätserklärung muss sich ergeben, dass der Wasserzähler messrichtig funktioniert. Der Nachweis über die messrichtige Funktion sowie Eichung des Wasserzählers obliegt dem Gebührenpflichtigen.** Ist dem Gebührenpflichtigen der Einbau eines solchen Wasserzählers nicht zumutbar, so ist die Stadt berechtigt, die aus diesen Anlagen zugeführten Wassermengen zu schätzen (z. B. auf der Grundlage der durch die wasserrechtliche Erlaubnis festgelegten Entnahmemengen oder auf der Grundlage der Pumpleistung sowie Betriebsstunden der Wasserpumpe oder unter Berücksichtigung der statistischen Verbräuche im Stadtgebiet). Eine Schätzung erfolgt auch, wenn der Wasserzähler nicht messrichtig funktioniert.

- (5) Bei der Ermittlung der Schmutzwassermenge werden die auf dem Grundstück anderweitig verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen (sog. Wasserschwindmengen) abgezogen, die nachweisbar nicht dem öffentlichen Kanal zugeführt werden. Der Nachweis der Wasserschwindmengen obliegt den Gebührenpflichtigen. Der Gebührenpflichtige ist grundsätzlich verpflichtet, den Nachweis durch eine auf seine Kosten eingebaute, messrichtig funktionierende und geeignete Messeinrichtung **in Anlehnung an das Mess- und Eichrecht (MessEG, Mess-EichV) zu führen:**

(...)

Ist die Verwendung einer Abwasser-Messeinrichtung im Einzelfall technisch nicht möglich oder dem Gebührenpflichtigen nicht zumutbar, so hat er den Nachweis durch einen auf seine Kosten eingebauten, ordnungsgemäß funktionierenden und geeichten Wasserzähler zu führen. Der Wasserzähler muss alle 6 Jahre gemäß des §§ 12 bis 14 i.V.m. dem Anhang B Nr. 6.1 der Bundeseichordnung durch einen neuen, geeichten Wasserzähler ersetzt werden. Der Nachweis über die ordnungsgemäße Funktion sowie Eichung des Wasserzählers obliegt dem Gebührenpflichtigen. Wird dieser Nachweis nicht geführt, findet eine Berücksichtigung der Abzugsmengen nicht statt.

Nr. 3: Nachweis durch nachprüfbare Unterlagen

(...)

Wasserschwundmengen sind bezogen auf das Kalenderjahr durch einen schriftlichen Antrag innerhalb von 4 Wochen nach Bekanntgabe der Jahresabrechnung durch den Gebührenpflichtigen bei der Stadt geltend zu machen. Nach Ablauf dieser Frist findet eine Berücksichtigung der Wasserschwindmengen nicht mehr statt (Ausschlussfrist).

(...)

(8) Die Gebühr beträgt je m<sup>3</sup> Schmutzwasser 2,10 €.

## **§ 5 Niederschlagswasser**

(...)

(2) Als bebaute Grundstücksfläche gelten die Grundflächen der auf

Nr. 2: Wasserzähler

Ist die Verwendung einer Abwasser-Messeinrichtung im Einzelfall technisch nicht möglich oder dem Gebührenpflichtigen nicht zumutbar, so hat er den Nachweis durch einen auf seine Kosten eingebauten, messrichtig funktionierenden und geeichten Wasserzähler zu führen. Der Wasserzähler muss in Anlehnung an das Mess- und Eichrecht (MessEG, Mess- und EichVO) alle 6 Jahre erneut geeicht werden oder durch einen neuen Wasserzähler mit einer Konformitätserklärung des Herstellers ersetzt werden. Aus der Konformitätserklärung muss sich ergeben, dass der Wasserzähler messrichtig funktioniert. Der Nachweis über die messrichtige Funktion sowie Eichung des Wasserzählers obliegt dem Gebührenpflichtigen. Wird dieser Nachweis nicht geführt, findet eine Berücksichtigung der Abzugsmengen nicht statt.

Nr. 3: Nachweis durch nachprüfbare Unterlagen

(...)

Wasserschwindmengen sind bezogen auf das Kalenderjahr durch einen schriftlichen Antrag innerhalb von einem Monat nach Bekanntgabe der Jahresabrechnung durch den Gebührenpflichtigen bei der Stadt geltend zu machen. Nach Ablauf dieser Frist findet eine Berücksichtigung der Wasserschwindmengen nicht mehr statt (Ausschlussfrist).

(...)

(8) Die Gebühr beträgt je m<sup>3</sup> Schmutzwasser jährlich 2,20 €.

## **§ 5 Niederschlagswassergebühr**

(...)

dem Grundstück befindlichen Gebäude einschl. Außentreppen, sowie die durch Dachüberstände, Vordächer, Carports und sonstigen Überdachungen überbauten Grundflächen. Lückenlos bepflanzte Dachflächen werden nur zur Hälfte als bebaute Fläche berücksichtigt.

- (5) Die bebauten und/oder befestigten Flächen werden im Wege der Selbstveranlagung von den Eigentümern der angeschlossenen Grundstücke ermittelt. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, der Stadt auf Anforderung die Quadratmeterzahl der bebauten und/oder befestigten Fläche auf seinem Grundstück mitzuteilen (Mitwirkungspflicht). Hierzu hat er auf Anforderung der Stadt einen vorhandenen Lageplan oder andere geeignete Unterlagen vorzulegen, aus denen sämtliche bebaute und/oder befestigte Flächen entnommen werden können. Soweit erforderlich, kann die Stadt die Vorlage weiterer Unterlagen fordern. Kommt der Grundstückseigentümer seiner Mitwirkungspflicht überhaupt nicht nach oder liegen für ein Grundstück keine geeigneten Angaben/Unterlagen des Grundstückseigentümers vor, wird die bebaute und/oder befestigte Fläche von der Stadt geschätzt.

- (7) Die Gebühr für jeden Quadratmeter bebauter und/oder befestigter Fläche i.S.d. Abs. 1 beträgt 0,88 €.

- (2) Als bebaute Grundstücksfläche gelten die Grundflächen der auf dem Grundstück befindlichen Gebäude einschl. Außentreppen, sowie die durch Dachüberstände, Vordächer, Carports und sonstigen Überdachungen überbauten Grundflächen. **Gründächer werden nur zur Hälfte als bebaute Fläche berücksichtigt. Als Gründächer gelten lückenlos bepflanzte Dachflächen mit einer Substratstärke von mindestens 10 cm.**

- (5) Die bebauten und/oder befestigten Flächen werden im Wege der Selbstveranlagung von den Eigentümern der angeschlossenen Grundstücke ermittelt. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, der Stadt auf Anforderung die Quadratmeterzahl der bebauten und/oder befestigten Fläche auf seinem Grundstück mitzuteilen (Mitwirkungspflicht). Hierzu hat er auf Anforderung der Stadt einen vorhandenen Lageplan oder andere geeignete Unterlagen vorzulegen, aus denen sämtliche bebaute und/oder befestigte Flächen entnommen werden können. Soweit erforderlich, kann die Stadt die Vorlage weiterer Unterlagen fordern. Kommt der Grundstückseigentümer seiner Mitwirkungspflicht überhaupt nicht nach oder liegen für ein Grundstück keine geeigneten Angaben/Unterlagen des Grundstückseigentümers vor, wird die bebaute und/oder befestigte Fläche von der Stadt geschätzt. **Die Datenerhebung, Datenspeicherung und Datennutzung erfolgt zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht der Stadt (z. B. Planung und ausreichende Dimensionierung der öffentlichen Kanäle), zur verursachergerechten Abrechnung der Niederschlagswassergebühr und zum Nachweis der rechtmäßigen Erhebung der Niederschlagswassergebühr. Insoweit hat der Grundstückseigentümer als Gebührenschuldner den damit verbundenen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu dulden.**

- (7) Die Gebühr für jeden Quadratmeter bebauter und/oder befestigter Fläche i.S.d. Abs. 1 beträgt **0,84 €**.

**§ 29  
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 01.01.2014 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Kanalbenutzungsgebühren, Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse, Abwasserabgaben, Kanalanschlussbeiträgen und Verwaltungsgebühren vom 21.12.2000 (Gebührensatzung) in der z.Z. gültigen Fassung außer Kraft.

**§ 29  
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 01.01.2022 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Kanalbenutzungsgebühren, Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse, Abwasserabgaben, Kanalanschlussbeiträgen und Verwaltungsgebühren vom 13.12.2013 (Gebührensatzung) in der z.Z. gültigen Fassung außer Kraft.

# **Satzung über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren und Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren vom XX.XX.XXXX (Gebührensatzung)**

(Hinweis: Die Bezeichnung der männlichen Form (z.B. der Eigentümer) gilt gleichermaßen für die weibliche Form)

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 25.06.2015 (GV. NRW. 2015, S. 496), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV. NRW. 2020, S. 916), in der jeweils geltenden Fassung, der § 1, 2, 4, 6 bis 8, 10 und 12 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV. NRW. 1969, S. 712), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19.12.2019 (GV. NRW. 2019, S. 1029), in der jeweils geltenden Fassung, des § 54 des Landeswassergesetzes NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.6.1995 (GV. NRW. 1995, S. 926), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Landeswasserrechts vom 04.05.2021 (GV NRW 2021, S. 560 ff.; ber. GV. NRW. 2021, S. 718), in der jeweils geltenden Fassung, des Nordrhein-Westfälischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz vom 08.07.2016 (AbwAG NRW, GV. NRW. 2016, S. 559 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Landeswasserrechts vom 04.05.2021 (GV NRW 2021, S. 560 ff.), in der jeweils geltenden Fassung, hat der Rat der Stadt Siegen in seiner Sitzung am XX.XX.XXXX folgende Satzung beschlossen:

## **I. Abschnitt Finanzierung der Abwasserbeseitigung**

### **§ 1 Finanzierung der gemeindlichen Abwasseranlage**

- (1) Zur Finanzierung der gemeindlichen Abwasseranlage erhebt die Stadt Abwassergebühren, Kanalanschlussbeiträge und Kostenersatz für Grundstücksanschlussleitungen.
- (2) Entsprechend § 1 Abs. 2 der Abwassersatzung der Stadt Siegen vom 17.05.2000 stellt die Stadt zum Zweck der Abwasserbeseitigung in ihrem Gebiet und zum Zweck der Verwertung oder Beseitigung der bei der gemeindlichen Abwasserbeseitigung anfallenden Klärschlämme die erforderlichen Anlagen als öffentliche Einrichtung zur Verfügung (gemeindliche Abwasseranlagen). Hierzu gehören der gesamte Bestand an personellen und sachlichen Mitteln, die für eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung erforderlich sind (z.B. das Kanalnetz, Kläranlagen, Regenwasser-Versickerungsanlagen, Transportfahrzeuge für Klärschlamm aus Kleinkläranlagen und Inhaltstoffen von abflusslosen Gruben, das für die Abwasserbeseitigung eingesetzte Personal).

- (3) Die gemeindlichen Abwasseranlagen bilden eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit, die auch bei der Bemessung der Kanalanschlußbeiträge und den Abwassergebühren zugrunde gelegt wird.

## **II. Abschnitt Gebührenrechtliche Regelungen**

### **§ 2 Kanalbenutzungsgebühren**

- (1) Für die Inanspruchnahme der gemeindlichen Abwasseranlage erhebt die Stadt nach §§ 4 Abs. 2, 6 KAG NW und § 54 LWG NRW Abwassergebühren (Benutzungsgebühren) zur Deckung der Kosten i.S.d. § 6 Abs. 2 KAG NW sowie der Verbandslasten nach § 7 KAG NW.
- (2) In die Kanalbenutzungsgebühr wird nach § 2 Abs. 1 Satz 2 AbwAG NRW eingerechnet:
- die Abwasserabgabe für eigene Einleitungen der Stadt (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AbwAG NRW),
  - die Abwasserabgabe für Kleineinleiter (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. § 1 Abs. 1 Satz 1 AbwAG NRW)
  - die Abwasserabgabe für die Einleitung von Niederschlagswasser (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. § 1 Abs. 1 Satz 2 AbwAG NRW),
  - die Abwasserabgabe, die von Abwasserverbänden auf die Gemeinde umgelegt wird (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 AbwAG NRW).
- (3) Die Schmutzwassergebühr und die Niederschlagswasser-/Regenwassergebühr sowie die Gebühren nach den §§ 10, 10a und 11 dieser Satzung sind grundstücksbezogene Benutzungsgebühren und ruhen als öffentliche Last auf dem Grundstück (§ 6 Abs. 5 KAG NRW).

### **§ 3 Gebührenmaßstäbe**

- (1) Die Stadt erhebt getrennte Abwassergebühren für die Beseitigung von Schmutz- und Niederschlagswasser (Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln sowie das Entwässern von Klärschlamm im Zusammenhang mit der Beseitigung des Abwassers).
- (2) Die Schmutzwassergebühr bemisst sich nach dem Frischwassermaßstab (§ 4).
- (3) Die Niederschlagswassergebühr bemisst sich auf der Grundlage der Quadratmeter der bebauten und/oder befestigten Fläche auf den angeschlossenen Grundstücken, von denen Niederschlagswasser abflusswirksam in die städtische Abwasseranlage gelangen kann (§ 5).



## **§ 4**

### **Bemessung der Schmutzwassergebühren**

- (1) Die Gebühr für Schmutzwasser wird nach der Menge des häuslichen und gewerblichen Schmutzwassers berechnet, das der Abwasseranlage von den angeschlossenen Grundstücken zugeführt wird. Berechnungseinheit ist der Kubikmeter (m<sup>3</sup>) Schmutzwasser.
- (2) Als Schmutzwassermenge gilt die aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage bezogene Frischwassermenge ( § 4 Abs. 3) und die aus privaten Wasserversorgungsanlagen (z.B. privaten Brunnen, Regenwassernutzungsanlagen) gewonnene Wassermenge ( § 4 Abs. 4), abzüglich der auf dem Grundstück nachweisbar verbrauchten und zurückgehaltenen Wassermengen, die nicht in die städtische Abwasseranlage eingeleitet werden ( § 4 Abs. 5).
- (3) Die dem Grundstück zugeführten Wassermengen werden durch den Wasserzähler des örtlichen Wasserversorgers ermittelt. Bei dem aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage bezogenen Wasser gilt die mit dem Wasserzähler gemessene Wassermenge als Verbrauchsmenge. Hat ein Wasserzähler nicht ordnungsgemäß funktioniert, so wird die Wassermenge von der Stadt unter Zugrundelegung des Verbrauchs des Vorjahres geschätzt. Die Datenübernahme vom örtlichen Wasserversorger (Siegener Versorgungsbetriebe GmbH – SVB) sowie die Datenspeicherung und Datennutzung der Wasserzähler-Daten des Wasserversorgers erfolgt, um dem Gebührenpflichtigen die zweimalige Ablesung seines Wasserzählers zu ersparen. Sie dient der ordnungsgemäßen Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht der Stadt (§ 46 Abs. 1 LWG NRW) und der Abwasserüberlassungspflicht durch den gebührenpflichtigen Benutzer (§ 48 LWG NRW) sowie zur verursachergerechten Abrechnung der Schmutzwassergebühr und zum Nachweis der rechtmäßigen Erhebung der Schmutzwassergebühr. Insoweit hat der Grundstückseigentümer als Gebührenschuldner den damit verbundenen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 Grundgesetz) zu dulden.

Gleiches gilt für den Gebührenbescheid für Schmutzwasser, mit dessen Erstellung die SVB GmbH als örtlicher Wasserversorger im Namen und im Auftrag der Stadt beauftragt ist. Hierzu stellt die Stadt die notwendigen grundstücks- und personenbezogenen Daten zur Verfügung.

- (4) Bei der Wassermenge aus privaten Wasserversorgungsanlagen (z. B. privaten Brunnen, Regenwassernutzungsanlagen) hat der der Gebührenpflichtige den Mengennachweis durch einen auf seine Kosten eingebauten und messrichtig funktionierenden Wasserzähler nach § 4 Abs. 5 Nr. 2 dieser Satzung zu führen. Gemäß § 4 Absatz 5 Nr. 2 dieser Satzung muss der Wasserzähler in Anlehnung an das Mess- und Eichrecht (MessEG, Mess- und EichVO) alle 6 Jahre erneut geeicht werden oder durch einen neuen Wasserzähler mit einer Konformitätserklärung des Herstellers ersetzt werden. Aus der Konformitätserklärung muss sich ergeben, dass der Wasserzähler messrichtig funktioniert. Der Nachweis über die messrichtige Funktion sowie Eichung des Wasserzählers obliegt dem Gebührenpflichtigen. Ist dem Gebührenpflichtigen der Einbau eines solchen Wasserzählers nicht zumutbar, so ist die Stadt

berechtigt, die aus diesen Anlagen zugeführten Wassermengen zu schätzen (z. B. auf der Grundlage der durch die wasserrechtliche Erlaubnis festgelegten Entnahmemengen oder auf der Grundlage der Pumpleistung sowie Betriebsstunden der Wasserpumpe oder unter Berücksichtigung der statistischen Verbräuche im Stadtgebiet). Eine Schätzung erfolgt auch, wenn der Wasserzähler nicht messrichtig funktioniert

- (5) Bei der Ermittlung der Schmutzwassermenge werden die auf dem Grundstück nachweisbar verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen (sog. Wasserschwundmengen) abgezogen, die nachweisbar nicht dem öffentlichen Kanal zugeführt werden. Der Nachweis der Wasserschwundmengen obliegt den Gebührenpflichtigen. Der Gebührenpflichtige ist grundsätzlich verpflichtet, den Nachweis durch eine auf seine Kosten eingebaute, messrichtig funktionierende und geeignete Messeinrichtung in Anlehnung an das Mess- und Eichrecht (MessEG, Mess-EichV) zu führen:

Nr. 1: Abwasser-Messeinrichtung

Geeignete Abwasser-Messeinrichtungen sind technische Geräte, die in regelmäßigen Abständen kalibriert werden müssen. Die Kalibrierung ist nach den Hersteller-Angaben durchzuführen und der Stadt nachzuweisen, um die ordnungsgemäße Funktion der Abwasser-Messeinrichtung zu dokumentieren. Wird dieser Nachweis nicht geführt, findet eine Berücksichtigung der Abzugsmengen nicht statt.

Nr. 2: Wasserzähler

Ist die Verwendung einer Abwasser-Messeinrichtung im Einzelfall technisch nicht möglich oder dem Gebührenpflichtigen nicht zumutbar, so hat er den Nachweis durch einen auf seine Kosten eingebauten, messrichtig funktionierenden und geeichten Wasserzähler zu führen. Der Wasserzähler muss in Anlehnung an das Mess- und Eichrecht (MessEG, Mess- und EichVO) alle 6 Jahre erneut geeicht werden oder durch einen neuen Wasserzähler mit einer Konformitätserklärung des Herstellers ersetzt werden. Aus der Konformitätserklärung muss sich ergeben, dass der Wasserzähler messrichtig funktioniert. Der Nachweis über die messrichtige Funktion sowie Eichung des Wasserzählers obliegt dem Gebührenpflichtigen. Wird dieser Nachweis nicht geführt, findet eine Berücksichtigung der Abzugsmengen nicht statt.

Nr. 3: Nachweis durch nachprüfbare Unterlagen

Ist im Einzelfall der Einbau eines Wasserzählers zur Messung der Wasserschwundmengen technisch nicht möglich oder dem Gebührenpflichtigen nicht zumutbar, so hat der Gebührenpflichtige den Nachweis durch nachprüfbare Unterlagen zu führen. Aus diesen Unterlagen muss sich insbesondere ergeben, aus welchen nachvollziehbaren Gründen Wassermengen der gemeindlichen Abwassereinrichtung nicht zugeleitet werden und wie groß diese Wassermengen sind. Die nachprüfbaren Unterlagen müssen geeignet sein, der Stadt eine zuverlässige Schätzung der auf dem Grundstück zurückgehaltenen Wassermengen zu ermöglichen. Sind die nachprüfbaren Unterlagen unschlüssig und/oder nicht nachvollziehbar, werden die geltend gemachten Wasserschwundmengen nicht anerkannt. Soweit der Gebührenpflichtige durch ein spezielles Gutachten bezogen auf seine Wasserschwundmenge den Nachweis erbringen will, hat er die gutachterliche Ermittlung vom Inhalt, von der

Vorgehensweise und vom zeitlichen Ablauf vorher mit der Gemeinde abzustimmen. Die Kosten für das Gutachten trägt der Gebührenpflichtige.

Wasserschwindmengen sind bezogen auf das Kalenderjahr durch einen schriftlichen Antrag innerhalb von einem Monat nach Bekanntgabe der Jahresabrechnung durch den Gebührenpflichtigen bei der Stadt geltend zu machen. Nach Ablauf dieser Frist findet eine Berücksichtigung der Wasserschwindmengen nicht mehr statt (Ausschlussfrist).

- (6) Auf die Benutzung nach den Abs. 1 bis 4 werden Vorausleitungen nach § 6 Abs. 4 KAG NW auf der Grundlage der Wassermenge der Vorjahre erhoben.
- (7) Bei den aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden Flüssigkeiten sowie bei missbräuchlicher Einleitung von Grund-, Drain- und Baugrubenwasser gilt als Schmutzwassermenge die tatsächlich in die Abwasseranlage eingeleitete Flüssigkeitsmenge. Die Einleitungsmenge ist auch hier von dem Gebührenpflichtigen durch von ihm auf seine Kosten eingebaute geeichte Abwassermesser, ausnahmsweise durch andere nachprüfbare Unterlagen, nachzuweisen. Solange und soweit keine Abwassermesser eingebaut sind, setzt die Stadt die Einleitungsmenge nach pflichtgemäßem Ermessen fest oder entscheidet, ob und in welcher Höhe die Einleitungsmenge aufgrund eines anderen prüffähigen Nachweises vor bzw. anstelle des Einbaues eines Abwassermessers festgesetzt wird.
- (8) Die Gebühr beträgt je m<sup>3</sup> Schmutzwasser 2,20 €.
- (9) Für die Ableitung von gewerblichem oder industriellem Schmutzwasser kann, sofern die Reinigung und Ableitung erhöhte Kosten verursacht, außer der laufenden Schmutzwassergebühr eine Zusatzgebühr erhoben werden. Die erhöhte Zusatzgebühr richtet sich nach den verursachten Mehrkosten. Über das Vorliegen der Voraussetzungen und die Festsetzung des Zuschlages entscheidet die Stadt nach Anhörung der Betroffenen. Es bleibt der Stadt unbenommen, das zuständige Staatliche Umweltamt beizuziehen.

## **§ 5 Niederschlagswasser**

- (1) Grundlage der Gebührenberechnung für das Niederschlagswasser ist die Quadratmeterzahl der bebauten und/oder befestigten Grundstücksfläche, von denen Niederschlagswasser leitungsgebunden oder nicht leitungsgebunden in die städtische Abwasseranlage gelangen kann, wobei die Fläche auf volle m<sup>2</sup> abgerundet wird.
- (2) Als bebaute Grundstücksfläche gelten die Grundflächen der auf dem Grundstück befindlichen Gebäude einschl. Außentreppen, sowie die durch Dachüberstände, Vordächer, Carports und sonstigen Überdachungen überbauten Grundflächen. Gründächer werden nur zur Hälfte als bebaute Fläche berücksichtigt. Als Gründächer gelten lückenlos bepflanzte Dachflächen mit einer Substratstärke von mindestens 10 cm.
- (3) Als befestigte Grundstücksfläche gelten die auf dem Grundstück betonierten,

asphaltierten, plattierten, gepflasterten oder mit anderen wasserundurchlässigen Materialien versehenen Flächen (z.B. Hofflächen, Zugänge, Garagenzufahrten, Kfz-Abstellplätze, Lagerplätze, Terrassen) soweit sie nicht bereits in den überbauten Flächen enthalten sind.

- (4) Eine nicht leitungsgebundene Zuleitung liegt insbesondere vor, wenn von bebauten und/oder befestigten Flächen oberirdisch aufgrund des Gefälles Niederschlagswasser in die städtische Abwasseranlage gelangen kann.
- (5) Die bebauten und/oder befestigten Flächen werden im Wege der Selbstveranlagung von den Eigentümern der angeschlossenen Grundstücke ermittelt. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, der Stadt auf Anforderung die Quadratmeterzahl der bebauten und/oder befestigten Fläche auf seinem Grundstück mitzuteilen (Mitwirkungspflicht). Hierzu hat er auf Anforderung der Stadt einen vorhandenen Lageplan oder andere geeignete Unterlagen vorzulegen, aus denen sämtliche bebaute und/oder befestigte Flächen entnommen werden können. Soweit erforderlich, kann die Stadt die Vorlage weiterer Unterlagen fordern. Kommt der Grundstückseigentümer seiner Mitwirkungspflicht überhaupt nicht nach oder liegen für ein Grundstück keine geeigneten Angaben/Unterlagen des Grundstückseigentümers vor, wird die bebaute und/oder befestigte Fläche von der Stadt geschätzt. Die Datenerhebung, Datenspeicherung und Datennutzung erfolgt zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht der Stadt (z. B. Planung und ausreichende Dimensionierung der öffentlichen Kanäle), zur verursachergerechten Abrechnung der Niederschlagswassergebühr und zum Nachweis der rechtmäßigen Erhebung der Niederschlagswassergebühr. Insoweit hat der Grundstückseigentümer als Gebührensschuldner den damit verbundenen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu dulden.
- (6) Wird die Größe der bebauten und/oder befestigten Fläche verändert, so hat der Grundstückseigentümer dies der Stadt innerhalb eines Monats nach Abschluß der Veränderung anzuzeigen. Für die Änderungsanzeige gilt § 5 Abs. 2 entsprechend. Die veränderte Größe der bebauten und/oder befestigten Fläche wird mit dem 1.Tag des Monats berücksichtigt, nach dem die Änderungsanzeige durch den Gebührenpflichtigen der Stadt zugegangen ist.
- (7) Die Gebühr für jeden Quadratmeter bebauter und/oder befestigter Fläche i.S.d. Abs. 1 beträgt 0,84 €.

## **§ 6**

### **Beginn und Ende der Gebührenpflicht**

- (1) Die Gebührenpflicht beginnt mit dem 1. des Monats, der auf den Zeitpunkt der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses folgt. Für Anschlüsse, die beim Inkrafttreten dieser Satzung bereits bestehen, beginnt die Gebührenpflicht nach dieser Satzung mit deren Inkrafttreten.
- (2) Die Gebührenpflicht endet mit dem Wegfall des Anschlusses an die Abwasseranlage. Endet die Gebührenpflicht im Laufe eines Monats, so wird die Benutzungsgebühr bis zum Ablauf des Monats erhoben, in dem die Veränderung erfolgt.

## **§ 7 Gebührenpflichtige**

- (1) Gebührenpflichtige sind
  - a) der Grundstückseigentümer bzw. wenn ein Erbbaurecht bestellt ist, der Erbbauberechtigte,
  - b) der Nießbraucher oder derjenige, der ansonsten zur Nutzung des Grundstücks dinglich berechtigt ist,
  - c) der Straßenbaulastträger für die Straßenoberflächenentwässerung.

Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

- (2) Im Falle eines Eigentumswechsels ist der neue Grundstückseigentümer vom Beginn des Monats an gebührenpflichtig, der dem Monat der Rechtsänderung im Grundbuch folgt. Für sonstige Gebührenpflichtige gilt dies entsprechend. Eigentums- bzw. Nutzungswechsel hat der bisherige Gebührenpflichtige der Stadt innerhalb eines Monats nach Rechtsänderung schriftlich mitzuteilen.
- (3) Die Gebührenpflichtigen haben alle für die Berechnung der Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie der Gemeinde die erforderlichen Daten und Unterlagen zu überlassen. Sie haben ferner zu dulden, dass Beauftragte der Gemeinde das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

## **§ 8 Vorausleistung und Fälligkeit der Gebühr**

- (1) Die Benutzungsgebühr (Schmutzwassergebühr) und die Vorausleistungen auf die Gebühren werden durch Heranziehungsbescheid festgesetzt. Der Bescheid ergeht durch die Stadt oder im Auftrage der Stadt durch die Siegener Versorgungsbetriebe GmbH (SVB) zusammen mit der Wassergeldabrechnung. Ergeht der Bescheid durch die SVB, sind die Vorausleistungen in monatlichen oder zweimonatlichen Teilbeträgen jeweils am 28. des Monats fällig. Die Gebühren im Rahmen der endgültigen Festsetzung sind 14 Tage nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.
- (3) Eine Schmutzwassergebühr gem. § 4 Abs. 8 dieser Satzung sowie Gebühren bei erforderlicher Nachveranlagung werden durch besonderen Heranziehungsbescheid erhoben. Die Gebühren sind einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig. Die Stadt behält sich vor, auch in diesen Fällen Vorausleistungen auf die Gebühren festzusetzen.
- (4) Die Stadt erhebt am 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. jeden Kalenderjahres nach § 6 Abs. 4 KAG NRW Vorausleistungen auf die Jahres-Schmutzwassergebühr in Höhe von  $\frac{1}{4}$  des Betrages, der sich aus der Abrechnung der Wassermenge des Vorjahres ergeben hat. Ist eine solche Berechnung nicht möglich, bemessen sich die Abschlagszahlungen und Teilzahlungen nach dem durchschnittlichen Verbrauch vergleichbarer Haushaltungen und Betriebe.

- (5) Ergibt sich bei der Abrechnung, dass zu hohe Abschlagszahlungen bemessen wurden, so wird der übersteigende Betrag erstattet bzw. verrechnet. Wurden Vorausleistungen zu gering bemessen, wird der fehlende Betrag bei der Abrechnung nacherhoben. Nach der Beendigung des Benutzungsverhältnisses werden zu viel gezahlte Vorausleistungen erstattet. Die auf einen zurückliegenden Erhebungszeitraum bezeichneten Abrechnungsbeträge sowie die sich aus der Abrechnung der Vorauszahlungen ergebenden Nachzahlungsbeträge sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.
- (6) Die Niederschlagswassergebühren werden zusammen mit den Grundbesitzabgaben durch den Heranziehungsbescheid über Grundbesitzabgaben erhoben und sind in vierteljährlichen Teilbeträgen zu den im Heranziehungsbescheid festgesetzten Zahlungsterminen am 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. des Jahres fällig.

## **§ 9**

### **Verwaltungshelfer**

Die Stadt (ESi) ist berechtigt, sich bei der Anforderung von Gebühren und Vorauszahlungen der Hilfe des zuständigen Wasserversorgers (z.Z. Siegener Versorgungsbetriebe GmbH) oder eines anderen von ihr beauftragten Dritten zu bedienen.

## **§ 10**

### **Gebühr für das Abfahren und die Behandlung von Klärschlamm (Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen)**

- (1) Für das Abfahren und die Behandlung von Klärschlamm aus Kleinkläranlagen in die städt. Kläranlage wird die Gebühr nach der abgefahrenen Menge in m<sup>3</sup> erhoben, wobei angefangene m<sup>3</sup> unter 0,5 abgerundet, angefangene m<sup>3</sup> über 0,5 aufgerundet werden.
- (2) Die Gebühr beträgt 71,31 € pro abgefahrenen Kubikmeter Klärschlamm.
- (3) Die Gebührenpflicht gemäß Abs. 2 entsteht mit dem Zeitpunkt der Abfuhr. Die Gebühr wird durch gesonderten Bescheid in Rechnung gestellt.
- (4) Gebührenpflichtiger ist der Grundstückseigentümer, der Erbbauberechtigte oder der sonst zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte, auf dessen Grundstück die Kleinkläranlage betrieben wird.
- (5) Mit dem beauftragten Entsorgungsunternehmen ist ein Tag pro Woche als Abfuhrtag vereinbart. Ist eine Abfuhr an einem anderen als dem vereinbarten Tag notwendig, so kann das Entsorgungsunternehmen eine Anfahrtspauschale von 80,00 € berechnen.

## **§ 10 a**

### **Gebühren für das Auspumpen und Abfahren der Inhaltstoffe aus abflusslosen Gruben**

- (1) Für das Auspumpen und Abfahren der Inhaltsstoffe aus abflusslosen Gruben und deren Beseitigung wird die Gebühr nach der abgefahrenen Menge pro m<sup>3</sup> erhoben, wobei angefangene m<sup>3</sup> unter 0,5 abgerundet, angefangene m<sup>3</sup> ab 0,5 aufgerundet werden.
- (2) Die Gebühr beträgt 63,31 €/m<sup>3</sup> ausgepumpte/abgefahrenen Menge.
- (3) Die Gebührenpflicht gemäß Abs. 2 entsteht mit dem Zeitpunkt des Auspumpens. Die Gebühr wird durch gesonderten Bescheid in Rechnung gestellt.
- (4) Gebührenpflichtiger ist der Grundstückseigentümer, der Erbbauberechtigte oder der sonst zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte, auf dessen Grundstück die abflusslose Grube betrieben wird.
- (5) Mit dem beauftragten Entsorgungsunternehmen ist ein Tag pro Woche als Abfuhrtag vereinbart. Ist eine Abfuhr an einem anderen als dem vereinbarten Tag notwendig, so kann das Entsorgungsunternehmen eine Anfahrtspauschale von 80,00 € berechnen.

## § 11 Entleerung der Kleinkläranlagen

- (1) Die Entleerung der Anlagen ist nach Bedarf, jedoch mindestens einmal pro Jahr durchzuführen. Den Termin für die Entleerung bestimmt grundsätzlich die Stadt bzw. der von ihr beauftragte Unternehmer. Die betroffenen Gebührenpflichtigen sollen angemessene Zeit vorher benachrichtigt werden.
- (2) Der Gebührenpflichtige hat der Stadt oder dem von ihr beauftragten Unternehmer etwaig vor dem nächsten Leerungstermin auftretenden Bedarf für eine Entleerung unverzüglich anzuzeigen.
- (3) Der Gebührenpflichtige ist dafür verantwortlich, dass die Anlage jederzeit zum Zweck der Entsorgung zugänglich ist und sich der Zugang in einem verkehrssicheren Zustand befindet. Er hat das Betreten und sofern erforderlich das Befahren seines Grundstückes zum Zwecke der Entsorgung zu dulden.

## § 12 Verwaltungsgebühren für die Erteilung einer Entwässerungsgenehmigung sowie für Kontrollen der Indirekteinleiter durch die Stadt

- (1) Gem. § 14 der Satzung der Stadt Siegen über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlagen (Abwassersatzung) ist für die Herstellung, Veränderung u. Erneuerung von Anschlusskanälen an, sowie für die Einleitung von Abwässern in die öffentliche Abwasseranlage eine Genehmigung (Entwässerungsgenehmigung) erforderlich.
- (2) Die Genehmigungsgebühr beträgt:
  - a) für eine Erweiterung und/oder Überprüfung einer vorhandenen Anschlussleitung 69,00 €

- b) für den Neuanschluss (erstmaliger Anschluss) 86,90 €

Die Gebühr wird mit der Entwässerungsgenehmigung festgesetzt und ist zwei Wochen nach Bekanntgabe fällig.

- (3) Gem. § 18 der Abwassersatzung sind Beauftragte der Stadt zur Überwachung/ Kontrolle der Entwässerungsanlagen bei Ableitung von anderem als häuslichem Abwasser berechtigt. Die Kontrollen der Stadt sind auf Kosten des Benutzungspflichtigen durchzuführen (§ 18 Abs. 5 der Abwassersatzung). Hierfür kann die Stadt Gebühren erheben.

Die Festsetzung der Gebühr erfolgt in einem Gebührenbescheid und ist zwei Wochen nach Bekanntgabe fällig.

### **III. Abschnitt Beitragsrechtliche Regelungen**

#### **§ 13 Kanalanschlussbeitrag**

- (1) Zum Ersatz des durchschnittlichen Aufwandes für die Herstellung der städtischen Abwasseranlage erhebt die Stadt einen Kanalanschlussbeitrag im Sinne des § 8 Abs. 4 Satz 3 KAG NW.
- (2) Die Kanalanschlussbeiträge sind die Gegenleistung für die Möglichkeit der Inanspruchnahme der städtischen Abwasseranlage und den hierdurch gebotenen wirtschaftlichen Vorteil für ein Grundstück. Die Kanalanschlussbeiträge dienen dem Ersatz des Aufwandes der Stadt für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung der städtischen Abwasseranlage.
- (3) Der Kanalanschlussbeitrag ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück.

#### **§ 14 Gegenstand der Beitragspflicht**

- (1) Ein Grundstück unterliegt der Beitragspflicht, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
1. Das Grundstück muss an die Abwasseranlage tatsächlich und rechtlich angeschlossen werden können,
  2. für das Grundstück muss nach der Entwässerungssatzung ein Anschlussrecht bestehen und
  3. das Grundstück muss a) baulich oder gewerblich genutzt werden oder  
b) es muss für das Grundstück eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt sein (z.B. durch Bebauungsplan), so dass es bebaut oder gewerblich genutzt werden darf oder  
c) soweit für ein Grundstück eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist (z.B. im unbeplanten Innenbereich nach § 34 BauGB), muss das Grundstück nach der Verkehrsauffassung Bauland sein und nach der geordneten städtebaulichen



Entwicklung der Stadt zur Bebauung anstehen.

- (2) Wird ein Grundstück an die Abwasseranlage tatsächlich angeschlossen (z.B. im Außenbereich nach § 35 BauGB), so unterliegt es der Beitragspflicht auch dann, wenn die Voraussetzungen des Abs. 1 nicht vorliegen.
- (3) Der Beitragspflicht nach Abs. 1 unterliegen auch Grundstücke, die im Rahmen der Niederschlagswasser-beseitigung mittelbar an die städtische Abwasseranlage angeschlossen sind. Dies ist insbesondere der Fall, wenn Niederschlagswasser von Grundstücken oberirdisch ohne leitungsmäßige Verbindung in die städtische Abwasseranlage (z.B. in ein von der Stadt betriebenes Mulden-Rigolen-System) gelangen kann.
- (4) Grundstück im Sinne des 3. Abschnittes dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch jeder demselben Grundstückseigentümer gehörende Teil der Grundfläche, der selbständig baulich oder gewerblich genutzt werden darf und an die Anlage angeschlossen werden kann.

## **§ 15**

### **Beitragsmaßstab**

- (1) Maßstab für den Beitrag ist die Veranlagungsfläche. Diese ergibt sich durch Vervielfachen der Grundstücksfläche mit dem Veranlagungsfaktor.
- 2) Als Grundstücksfläche gilt:
  - a) bei Grundstücken im Bereich eines Bebauungsplanes die tatsächliche Grundstücksfläche,
  - b) wenn ein Bebauungsplan nicht besteht, d.h. bei Grundstücken im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB) und im Außenbereich (§ 35 BauGB): die tatsächliche Grundstücksfläche bis zu einer Tiefe von 50 m von der Grundstücksgrenze, die der Erschließungsstraße zugewandt ist, die das Grundstück wegemäßig erschließt (Tiefenbegrenzung). Bei Grundstücken, die nicht an eine Erschließungsstraße unmittelbar angrenzen, wird die Fläche von der zu der Erschließungsstraße liegenden Grundstücksseite bis zu einer Tiefe von 50 m zugrunde gelegt. Reicht die bauliche oder gewerbliche Nutzung über diese Tiefenbegrenzung hinaus, so ist die Grundstückstiefe maßgebend, die durch die hintere Grenze der baulichen Nutzung bestimmt wird, die einen Entwässerungsbedarf nach sich zieht. Grundstücksteile, die lediglich die wegemäßige Verbindung zur Straße herstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe unberücksichtigt.
- (3) Entsprechend der Ausnutzbarkeit wird die Grundstücksfläche mit einem Veranlagungsfaktor vervielfacht, der im Einzelnen beträgt:
  - a) bei eingeschossiger Bebaubarkeit: 1,0
  - b) bei zweigeschossiger Bebaubarkeit: 1,25
  - c) bei dreigeschossiger Bebaubarkeit: 1,5

- d) bei vier- u. fünfgeschossiger Bebaubarkeit: 1,75
  - e) bei sechs- und höhergeschossiger Bebaubarkeit: 2,0
- (4) Als zulässige Zahl der Geschosse gilt die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse. Weist der Bebauungsplan nur Grundflächen- und Baumassenzahl oder nur die zulässige Höhe der Bauwerke und keine höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse aus, so gilt als Geschosszahl die Höhe des Bauwerks geteilt durch 3,0 wobei Bruchzahlen auf volle Zahlen abgerundet oder aufgerundet werden. Ist im Einzelfall eine größere Geschosszahl zugelassen, oder vorhanden und geduldet, so ist diese zugrunde zu legen.
- (5) In unbeplanten Gebieten und bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan weder die Geschößzahl noch die Baumassenzahl festgesetzt ist, ist maßgebend:
- a) bei bebauten Grundstücken die Zahl der tatsächlich vorhandenen Geschosse,
  - b) bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken die Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Geschosse.
- (6) Grundstücke, auf denen nur Garagen oder Stellplätze gebaut werden dürfen, gelten als eingeschossig bebaubare Grundstücke.
- (7) In Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten werden die in Abs. 3 genannten Nutzungsfaktoren um je 0,5 erhöht. Dies gilt auch, wenn die Gebiete nicht in einem Bebauungsplan festgesetzt, aber aufgrund der vorhandenen Bebauung und sonstigen Nutzung als Kerngebiete, Gewerbegebiete und Industriegebiete anzusehen sind oder wenn eine solche Nutzung aufgrund der in der Umgebung vorhandenen Nutzung zulässig wäre.

## **§ 16**

### **Beitragssatz**

- (1) Der Beitrag beträgt 2,50 € je Quadratmeter (m<sup>2</sup>) Veranlagungsfläche.
- (2) Besteht nicht die rechtliche und tatsächliche Möglichkeit des Vollanschlusses, so wird ein Teilbetrag erhoben.  
Dieser beträgt:
- a) bei einem Anschluss nur für Schmutzwasser 60 % des Beitrages
  - b) bei einem Anschluss nur für Niederschlagswasser 40 % des Beitrages.
- (3) Entfallen die in Abs. 2 bezeichneten Beschränkungen der Benutzungsmöglichkeit, so ist der Restbetrag nach dem zu diesem Zeitpunkt geltenden Beitragssatz zu zahlen

## **§ 17**

### **Entstehen der Beitragspflicht**

- (1) Die Beitragspflicht entsteht, sobald das Grundstück an die öffentliche

Abwasseranlage angeschlossen werden kann,

- (2) Im Falle des § 14 Abs. 2 entsteht die Beitragspflicht mit dem Anschluss. In den Fällen des § 15 Abs. 2 entsteht die Beitragspflicht für den Restbetrag, sobald die Beschränkungen der Nutzungsmöglichkeit entfallen.
- (3) Für Grundstücke, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung bereits an die Abwasseranlage angeschlossen waren oder werden konnten, entsteht die Beitragspflicht mit Inkrafttreten dieser Satzung.
- (4) In den Fällen des Abs. 3 entsteht keine Anschlussbeitragspflicht, wenn für den Anschluss des Grundstücks bereits eine Anschlussgebühr oder ein Anschlussbeitrag nach früherem Recht gezahlt oder ein dahingehender Anspruch erlassen wurde oder verjährt ist.

### **§ 18 Beitragspflichtiger**

- (1) Beitragspflichtiger ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstücks ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt an die Stelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte.
- (2) Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner.

### **§ 19 Fälligkeit der Beitragsschuld**

- (1) Der Beitrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.
- (2) Widerspruch und Klage gegen einen Beitragsbescheid haben gem. § 80 Abs. 1 Nr. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung keine aufschiebende Wirkung und entbinden deshalb nicht von der Pflicht zur fristgerechten Zahlung.

## **IV. Abschnitt Aufwandsersatz für Anschlusskanäle**

### **§ 20 Kostenersatz für Anschlusskanäle (Grundstücksanschlussleitungen)**

- (1) Der Aufwand für die Herstellung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung sowie die Kosten für die Unterhaltung einer Grundstücksanschlussleitung an die städtische Abwasseranlage sind der Stadt nach § 10 Abs. 1 KAG NW zu ersetzen.
- (2) Der Ersatzanspruch entsteht auch für Pumpstationen bei Druckentwässerungssystemen.
- (3) Grundstücksanschlussleitung sind die Leitungen von dem öffentlichen Hauptkanal (der öffentlichen Sammelleitung) in der öffentlichen Straße bis zur privaten Grundstücksgrenze.

## **§ 21**

### **Ermittlung des Ersatzanspruchs**

Der Aufwand für die Herstellung, Erneuerung, Beseitigung, Veränderung sowie für die Unterhaltung werden auf der Grundlage der tatsächlich entstandenen Kosten abgerechnet. Erhält ein Grundstück mehrere Anschlussleitungen, so wird der Ersatzanspruch für jede Leitung berechnet.

## **§ 22**

### **Entstehung des Ersatzanspruches**

Der Ersatzanspruch entsteht mit der endgültigen Herstellung der Anschlussleitung, im Übrigen mit der Beendigung der Maßnahme.

## **§ 23**

### **Ersatzpflichtige**

- (1) Ersatzpflichtiger ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Kostenersatzbescheides Eigentümer des Grundstücks ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt an die Stelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte
- (2) Mehrere Grundstückseigentümer bzw. Erbbauberechtigte haften als Gesamtschuldner.
- (3) Erhalten mehrere Grundstücke eine gemeinsame Anschlussleitung, so haften die Grundstückseigentümer bzw. der Erbbauberechtigte als Gesamtschuldner.

## **§ 24**

### **Fälligkeit des Ersatzanspruchs**

Der Ersatzanspruch wird einen Monat nach Bekanntgabe des Heranziehungsbescheides fällig.

## **V. Abschnitt**

### **Schlussbestimmungen**

## **§ 25**

### **Auskunftspflichten**

- (1) Die Beitrags- und Gebührenpflichtigen haben alle für die Berechnung der Beiträge und Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie Daten und Unterlagen zu überlassen. Sie haben zu dulden, dass Beauftragte der Stadt das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

- (2) Werden Angaben verweigert oder sind sie aus sonstigen Gründen nicht zu erlangen, so kann die Stadt die für die Berechnung maßgebenden Merkmale unter Berücksichtigung aller sachlichen Umstände schätzen oder durch einen anerkannten Sachverständigen auf Kosten des Beitrags- und Gebührenpflichtigen schätzen lassen.
- (3) Die vorstehenden Absätze gelten für den Kostenersatzpflichtigen entsprechend.

## **§ 26 Billigkeits- und Härtefallregelung**

Ergeben sich aus der Anwendung dieser Satzung im Einzelfall besondere, insbesondere nicht beabsichtigte Härten, so können die Kanalanschlußbeiträge, Abwassergebühren und der Kostenersatz gestundet, ermäßigt, niedergeschlagen oder erlassen werden.

## **§ 27 Zwangsmittel**

Die Androhung und Festsetzung von Zwangsmitteln bei Zuwiderhandlungen gegen diese Satzung richtet sich nach den Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW.

## **§ 28 Rechtsmittel**

Das Verfahren bei Verwaltungsstreitigkeiten richtet sich nach den Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung.

## **§ 29 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 01.01.2022 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Kanalbenutzungsgebühren, Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse, Abwasserabgaben, Kanalanschlußbeiträgen und Verwaltungsgebühren vom 13.12.2013 (Gebührensatzung) in der z.Z. gültigen Fassung außer Kraft.

## **Bekanntmachungsanordnung**

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit der Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn:

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Siegen, XX.XX.XXXX

Universitätsstadt Siegen  
Der Bürgermeister  
Steffen Mues

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: Entsorgungsbetriebe  
Bearbeitet von: Frau Roth

Siegen, 26.10.2021

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Betriebsausschuss**

**19.11.2021**

Kurzbezeichnung:

### **Festlegung der Sitzungstermine für das Jahr 2022**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Betriebsausschuss beschließt die für das Jahr 2022 vorgeschlagenen Sitzungstermine.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Für das Jahr 2022 soll je Quartal ein Sitzungstermin für den Betriebsausschuss, sowie nach Bedarf anschließend daran für die Gesellschafterversammlung der ESi GmbH i. L., festgelegt werden. Der Sitzungsbeginn ist jeweils um **16.00 Uhr**.

Folgende Termine kommen nach Absprache mit dem Sitzungsdienst in Frage und werden vorgeschlagen:

Freitag, 18.03.2022

Freitag, 24.06.2022

Freitag, 16.09.2022

Freitag, 02.12.2022

## Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  			

gez.

Stephan Roth  
Betriebsleitung

Christof Quandel

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.